

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 120. Sitzung

## **Innen- und Rechtsausschuss**

16. WP - 95. Sitzung

## **Wirtschaftsausschuss**

16. WP - 88. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. März 2009, 11 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Günter Neugebauer (SPD) Vorsitzender  
Hans-Jörn Arp (CDU)  
Tobias Koch (CDU)  
Jens-Christian Magnussen (CDU)  
Frank Sauter (CDU)  
Peter Sönnichsen (CDU)  
Holger Astrup (SPD)  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Anna Schlosser-Keichel (SPD)  
Wolfgang Kubicki (FDP)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses**

Werner Kalinka (CDU) Vorsitzender  
Tobias Koch (CDU)  
Peter Lehnert (CDU)  
Thomas Hölck (SPD)  
Klaus-Peter Puls (SPD)  
Wolfgang Kubicki (FDP)  
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses**

Hans-Jörn Arp (CDU) Vorsitzender  
Johannes Callsen (CDU)  
Thomas Stritzl (CDU)  
Anette Langner (SPD)  
Dr. Heiner Garg (FDP)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i. V. von Detlef Matthiessen

### **Weitere Abgeordnete**

Martin Kayenburg (CDU)

Lars Harms (SSW)

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

### **Regierungsvertreter (Schleswig-Holstein)**

Finanzminister Rainer Wiegard

Staatssekretär Dr. Arne Wulff

### **Vertreter der HSH Nordbank**

Prof. Dr. Dirk Jens Nonnenmacher, Vorstandsvorsitzender

Peter Rieck, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Dr. Martin van Gemmeren, Leiter Group Risk Management

### **Vertreter von PricewaterhouseCoopers**

Burkhard Eckes

Herr Martens

### **Vertreter von Morgan Stanley**

Philipp Lederer

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank und Gesetzentwurf zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts**

Vorlage der Landesregierung  
Drucksache 16/2511

Fragen der Fraktionen  
Umdrucke 16/4033 (neu), 16/4034, 16/4042, 16/4067

Antworten der Landesregierung  
Umdrucke 16/4056, 16/4062, 16/4063

Stellungnahme des Sparkassen- und Giroverbandes  
Umdruck 16/4069

Stellungnahme des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/4070

(im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse gem. Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 2)

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Neugebauer, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 11:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank und Gesetzentwurf zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „HSH Finanzfonds AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts**

Vorlage der Landesregierung  
Drucksache 16/2511

Fragen der Fraktionen  
Umdrucke 16/4033 (neu), 16/4034, 16/4042, 16/4067

Antworten der Landesregierung  
Umdrucke 16/4056, 16/4062, 16/4063

Stellungnahme des Sparkassen- und Giroverbandes  
Umdruck 16/4069

Stellungnahme des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/4070

(im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse gem. Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 2)

**Finanzminister Wiegard:** Herr Vorsitzender! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie über die Entscheidungen informieren, die seit der letzten Ausschusssitzung in der vergangenen Woche getroffen worden sind. Am Freitag hat zunächst einmal der Bundesrat einem gemeinsamen Plenarantrag von Hamburg und Schleswig-Holstein zugestimmt, mit dem wir erreichen wollen, dass über den 31. Dezember 2009 hinaus auch diejenigen Finanzinstitute Hilfen - Liquiditätsgarantien, Eigenkapitalunterstützung oder Risikoabsicherung - bekommen, die bereits vor dem 31. Dezember 2009 eine solche Hilfe bekommen haben. Das hat die ungeteilte Mehrheit des Bundesrates gefunden. Jetzt ist er im Verfahren von Bundesregierung und Bundestag. Dort sind in dieser und in der kommenden Woche die Beratungen. In der nächsten Runde kommt er dann wieder auf die Tagesordnung zur abschließenden Beratung. Wir sind derzeit noch dabei, auch in Gesprächen mit der Bundesregierung und dem Bundestag, eine solche Regelung zu erreichen, insbesondere weil die Bundesregierung in ihren Verlautbarun-

gen davon ausgeht, dass die Wirkungen der Wirtschaftskrise nicht auf das Jahr 2009 beschränkt bleiben werden.

Am Freitagabend hat der Lenkungsausschuss nach Prüfung der Restrukturierungsunterlagen der HSH Nordbank die Garantie in voller Höhe freigegeben, und zwar unter zwei Bedingungen. Die erste Bedingung ist - das ist uns allen bekannt - die Zustimmung der Gremien. Dazu beraten wir derzeit. Die zweite Bedingung ist, dass die Eigentümer, die jetzt zusätzliche Anteile erwerben, sich erklären, diese Anteile nicht ohne Zustimmung des SoFFin zu veräußern, solange der SoFFin Garantiehilfe gewährt. Das ist eigentlich ein Selbstverständnis. Von daher sehen wir uns in dem, was wir bisher gemacht haben, bestätigt.

Am vergangenen Montag, also am 9. März, hat der Aufsichtsrat nach sehr intensiver Beratung in der dritten Beratungsrunde - nach dem 17. Februar und dem 24. Februar - dem Restrukturierungskonzept einstimmig zugestimmt; alle Anteilseigner und auch alle zehn Arbeitnehmervertreter haben das Konzept zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dann darf ich eine Entschuldigung anfügen: Uns ist bei der Beantwortung der Fragen ein Malheur passiert. Frau Heinold, wir haben bedauerlicherweise versehentlich den Fragenkatalog vom 5. März mit dem vom 3. März verwechselt. Die Fragen vom 3. März haben wir jetzt beantwortet. Die anderen Fragen werden, zusammen mit denen, die Sie uns am 10. März nachgereicht haben, unverzüglich beantwortet werden. Ich bitte um Nachsehen für diesen Fehler.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Minister. - Wir werden jetzt die folgenden Umdrucke behandeln: 16/4056, 16/4062, 16/4063, 16/4070 und 16/4069; das ist die Antwort des Sparkassen- und Giroverbandes.

**Abg. Heinold:** Ich möchte zu einigen größeren Komplexen Fragen stellen. Erstens vermisste ich den von uns eingeforderten synoptischen Vergleich für die drei Szenarien: Liquidation, geordneter Übergang/Abwicklung, Weiterführung der Bank. Dies hatten wir letztes Mal einvernehmlich - der Vorschlag kam, glaube ich, auch aus der CDU-Fraktion - angefordert. Ich frage Sie, warum Sie uns das nicht dargestellt haben. Das geht auch aus der Detailbeantwortung nicht hervor.

Das Zweite ist, dass auf Seite 15 des Umdrucks von CDU und SPD - 16/4056 - erwähnt wird, dass es schon im November 2008 einen Vertrag zwischen der HSH Nordbank und dem SoFFin gegeben hat und dass zu diesem Vertrag weitere 70 Fragen vom SoFFin gestellt wurden, die ja wahrscheinlich auch beantwortet worden sind. Meine Bitte ist, dies zumindest dem Be-

teilungsausschuss zur Verfügung zu stellen. Meine Frage dazu: Wenn tatsächlich im November vertraglich, anscheinend mit Unterschrift des Landes, festgelegt wurde, dass Eigenkapitalaufstockung und Risikoabschirmung durch die Anteilseigner stattfinden müssen, warum wird dann von der Landesregierung der Anschein erweckt, das sei noch nicht entschieden und man würde noch bis Mitte Februar verhandeln?

Bei dem dritten großen Bereich geht es um die 400 Millionen €. In den Umdrucken steht, dass sie bereits ab 2009 gezahlt werden. Ab 2009 ist die Bank aber noch nicht in der Gewinnzone, wenn ich das richtig verstanden habe. Daraus schließe ich, dass diese 400 Millionen € aus stillen Einlagen oder aus dem Kapital, das wir aufstocken - woher auch immer -, bezahlt werden. Meine Frage dazu lautet: Wie kann das sein? Dazu gehört die Frage, ob in dem Geschäftsmodell weitere Gewinnausschüttungen für private oder institutionelle Investoren eingeplant sind. Diese hatten im letzten Jahr immerhin eine Größenordnung von insgesamt 260 Millionen €. Das müsste ja eingeplant sein. Ist das der Fall?

**Finanzminister Wiegard:** Zu den verschiedenen Szenarien haben wir die Antworten in Schriftform gegeben. Ich hatte in der letzten Sitzung ausgeführt, dass wir, wenn es um konkrete Zahlen zu den verschiedenen Szenarien geht, selbstverständlich bereit sind, diese im Beteiligungsausschuss darzustellen.

Zu der Frage der vertraglichen Regelung haben wir Ihnen sehr ausführlich dargestellt, welche gesetzlichen Regelungen es gibt - über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz -, welche Regelungen sich aus der Verordnung dazu ergeben und welche Regelungen die EU im Oktober letzten Jahres dazu erlassen hat. Ausfluss dieser Regelungen sind Auflagen des SoFFin gegenüber der Bank und gegenüber den Anteilseignern gewesen, über die wir ebenfalls berichtet haben. Die Höhe der Kernkapitalquote musste benannt werden. Sie werden sich erinnern, dass wir darüber im November noch eine Zeit lang Unklarheit hatten und nach den Regelungen mit dem SoFFin über eine Mindestkernkapitalquote von 8 % gesprochen haben, die Ausfluss einer EU-Regelung war, inzwischen aber von der EU auf 7 % korrigiert worden ist.

Darüber hinaus haben wir hier im Ausschuss dargelegt, dass es nun darum geht, den sich daraus ergebenden Eigenkapitalbedarf genau zu definieren. Dazu ist es erforderlich, dass wir das Jahresabschlussergebnis 2008 kennen, weil sich aus beiden - Geschäftsmodell und Kapitalbedarf - schließlich ergibt, wie die Restrukturierung überhaupt vorgenommen werden kann. Wir haben zugesagt, das im Monat Februar vorzulegen; vorher werden wir weder das eine noch das andere abschließend mit einiger Sicherheit tun können, weil die Jahresabschlusszahlen bis dahin definitiv nicht vorgelegen haben.

Die 70 Fragen, die Sie angesprochen haben, bezogen sich nicht auf die Regelungen vom November, sondern auf die Vorlage des Konzeptes, das dem SoFFin am Abend des 24. Februar übermittelt worden ist. Dazu sind dann 70 Fragen gestellt worden, die zur Zufriedenheit des SoFFin beantwortet worden sind.

Zu den beiden anderen Fragen wird Herr Nonnenmacher antworten.

**Abg. Heinold:** Eine Zusatzfrage dazu. Mir ist das mit dem Vertrag und den 70 Fragen bekannt; das steht ja auf Seite 15. Meine Frage war, ob sowohl der Vertrag vom 26. November als auch die Beantwortung der vom SoFFin gestellten Fragen durch die HSH Nordbank dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden können, notfalls dem Beteiligungsausschuss.

**Finanzminister Wiegard:** Die Vereinbarung vom November können wir zur Verfügung stellen. Bezüglich der 70 Fragen muss die Bank gefragt werden, weil diese das Verhältnis zwischen Bank und SoFFin betreffen.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Zu der Frage nach den 400 Millionen €: Die Bank hat die 400 Millionen € in das Kapitalisierungskonzept eingestellt.

Zu der Frage in Bezug auf stille Einlagen und Genüsse, inwieweit hier in 2009 und 2010 Ausschüttungen vorgenommen werden können. Wenn die Bank ein negatives Ergebnis hat, wäre die Frage: Könnte sie das über Hebung von irgendwelchen Gewinnrücklagen aussteuern, wenn sie wollte? Ich gehe davon aus, das wäre darstellbar. Die stillen Einlagen in 2008, über die wir schon diskutiert haben, sind allerdings überhaupt kein Präjudiz dafür, dass in 2009 oder 2010 irgendetwas gezahlt wird, sodass wir da momentan keine Auskunft geben können; das müssen wir im Jahr 2010 sehen.

**Abg. Heinold:** Tut mir leid, aber die Antworten waren beide unbefriedigend. Noch einmal zu den 400 Millionen €: Wenn es so ist, dass es in 2009 und 2010 keine Gewinne in der Bank gibt, aber 400 Millionen € an Gebühren gezahlt werden, gehe ich dann richtig in der Annahme, dass das sozusagen zulasten des Kapitals der Bank geht? Sie müssen es ja irgendwie dargestellt haben.

Der zweite Komplex: Haben Sie bei Ihrer internen Berechnung bezüglich des Risikos eingeplant, dass es in 2009 und 2010 eventuell die Gewinnausschüttung in Höhe von 260 Millionen € oder wie viel auch immer gibt? Ist das in dem Szenario enthalten oder nicht?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Zur ersten Frage ganz klar: Die 400 Millionen € wird die Bank auszahlen, und damit sind sie Teil des Kapitalisierungskonzeptes. In dem Sinne sind sie hier voll verarbeitet.

Zur zweiten Frage, was die stillen Einlagen im Sinne von Zahlungen angeht: Ich kann Ihnen, weil ja Genüsse usw. rauslaufen, nicht sagen, über was für Zahlungen wir in dem Jahr überhaupt sprechen würden. Wenn Sie einmal die Zahl von etwa 200 Millionen € nehmen, die wir zurzeit auf die stillen Einlagen und Genüsse zahlen, dann würde das in der Kernkapitalquote ungefähr 10 bis 20 Basispunkte ausmachen. Das heißt, ob wir die Zahlung tätigen oder nicht, würde im Rahmen des Gesamtkapitalisierungskonzeptes keine Rolle spielen. Das wäre also denkbar.

**Abg. Stritzl:** Zwei Fragen an Herrn Dr. Nonnenmacher bzw. an Herrn Rieck. Der Bundesbankpräsident hat neulich in einem Interview gesagt, dass das Szenario düsterer werde als befürchtet. Vor dem Hintergrund habe ich in Bezug auf die Risikoversicherung Plausibilitätsfragen. An Herrn Rieck eine Frage zum Stichwort Gewerbeimmobilien: Welches Szenario erwarten Sie da? Denn das ist eines der zentralen Felder, auf denen in Zukunft gewirtschaftet werden soll.

Stichwort Shipping. Die Reeder fangen an, Schiffe an die Leine zu legen. Drei liegen jetzt schon im Kieler Hafen. Vor dem Hintergrund die Frage: Was bedeutet das für die Finanzierung von Schiffsneubauten, insbesondere in den Fällen - falls es solche geben sollte -, in denen Sie faktisch zu 100 % finanzieren?

Stichwort Stressszenario. Sie haben, glaube ich, öffentlich erklärt: Wenn der Schiffsbaumarkt gar nicht wieder anspringt, dann haben wir ein Problem. Wenn der Himmel einstürzt, sind alle Spatzen tot. Dabei stellt sich allerdings die Frage nach der Zeitverzögerung. Ausgegangen wird von 2012 mit einem „regulierten Weltmarktgeschäft“. Hat dieses Szenario eine zeitliche Pufferzone, nach dem Motto: Man dürfte auch etwas länger brauchen? Keiner weiß, wie lange die Krise noch dauert; aber wenn sie ein bisschen länger dauert: Würde das Modell das noch aushalten?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Bei dem Thema Risikoszenarien will ich mich kurzfassen, weil dazu sicherlich noch viele Fragen kommen werden. Was einzelne Zahlen zu einzelnen Unternehmensbereichen angeht, bitte ich, dass wir das nachher im Beteiligungsausschuss diskutieren.

Es ist in der Tat so, dass wir bei der Gesamtrisikobetrachtung davon ausgehen, dass die nächsten zweieinhalb Jahre schlecht sind. Wir gehen davon aus, dass wir in der zweiten Hälfte von 2011 langsam wieder nach oben kommen. Im Bereich Shipping ist es so - Herr Rieck wird das gleich sicherlich noch näher ausführen -, dass wir historisch gesehen, über die letzten 20 Jahre, eine Risikovorsorge von gerade einmal 0,05 % gebildet haben. Natürlich ist immer die Frage, was die Historie für die Zukunft aussagt. Aber wir haben de facto für das Jahr 2008 und die Folgejahre eine Risikovorsorge vom 20-Fachen eingestellt. Das ist ein volles Prozent auf das Gesamtportfolio. Das wird uns in 2009 und 2010 begleiten. In 2011 fahren wir es langsam um 20 % runter; dann kommen wir in 2012 hinten wieder raus.

Die 100 % Eigenfinanzierung wird Herr Rieck erklären.

**Herr Rieck:** Ich möchte zunächst auf den Gewerbeimmobilienmarkt eingehen. Ich unterstelle einmal, dass Sie auf den deutschen Gewerbeimmobilienmarkt abstellen, der ja zum Kerngeschäft der Bank in der künftigen Ausrichtung gehört. Zu den Gewerbeimmobilien zählen im Wesentlichen Büroimmobilien. In Deutschland haben wir da in den letzten Jahren - sowohl was das Preisniveau als auch was die Mieten angeht - eine sehr positive Entwicklung zu verzeichnen. Bis Ende 2007 kann man sogar von einem Boom sprechen. Das hat eine relativ hohe Neubautätigkeit, also Projektentwicklungstätigkeit, ausgelöst. Ich erwarte für die nächsten Jahre im deutschen Gewerbeimmobilienmarkt keine Mietsteigerungen. Ich erwarte eine leichte Erhöhung der Leerstände und insbesondere in den schlechteren Lagen deutlich erhöhte Leerstände. Diese Entwicklung im deutschen Gewerbeimmobilienmarkt ist der Bank in den letzten Jahren allerdings nicht ganz verborgen geblieben. Wir haben auf den bis Ende 2007 starken Investorenmarkt in der Weise reagiert, dass wir erstens alle Immobilien, an denen wir beteiligt waren - mit Ausnahme der Europa Passage in Hamburg -, zu Spitzenpreisen verkauft haben. Zweitens haben wir uns in den letzten Jahren nur noch sehr selektiv finanziell an Neubautätigkeit beteiligt, insbesondere wenn diese Projektentwicklungen spekulativen Charakter hatten, also nicht von Vorvermietungen unterlegt waren. Insofern sind wir, was den deutschen Gewerbeimmobilienmarkt und unser Exposure in dem Geschäft angeht, weitgehend entspannt für die nächsten Jahre.

Im Ausland sind die Märkte sehr unterschiedlich. Am problematischsten ist zurzeit sicherlich der Büroimmobilienmarkt in London. Die Bank in London hat ein qualitativ gutes Portfolio, das sie allerdings in den sogenannten Verkaufsteil eingestellt hat, also als Verkaufsportfolio bezeichnet hat, weil wir sehr gute Kundenbeziehungen und eine sehr gute Qualität in dem Portfolio haben. In London kommt uns zugute, dass die Risiken, die die Bank hat, in den meisten Fällen sehr stark abgesichert sind durch die Mietverträge. Es ist in London Usus, sehr lange Mietverträge abzuschließen. Kündigungsmöglichkeiten sind fast ausgeschlossen, und

die Mietverträge können nicht nach unten angepasst werden. Insofern wirken sich Wertschwankungen auf die von uns erwarteten Kreditausfälle im Londoner Markt nicht aus.

Unser Büroimmobilienportfolio in den USA ist ebenfalls stabil. Das hängt auch damit zusammen, dass wir in den Jahren 2006 und 2007 keine größeren Transaktionen mehr begleitet haben, weil dort die Preise für die Immobilien auf einem sehr hohen Niveau waren, sodass man bei einem schwächeren Markt mit deutlichen Wertabschlägen rechnen musste. Insofern gibt es auch dort zwar Einzelfälle, die aber mehr im Eigentumswohnungsmarkt liegen. Sie wissen, dass in den USA ein Käufer jederzeit vom Kaufvertrag zurücktreten kann, sozusagen bis kurz vor Fertigstellung. Viele bereits verkaufte Wohnungen sind storniert worden. Da haben wir den einen oder anderen Fall, in dem jetzt die Wohnungen zwischenvermietet werden müssen, um sie in einer stabileren Marktphase wieder zu verkaufen.

**Vorsitzender:** Herr Rieck, treffen denn die Meldungen in der jüngsten „Spiegel“-Ausgabe zu, dass Sie in New York ein sogenanntes Manhattan House finanziert haben, in dem - laut „Spiegel“ - von 583 Wohnungen 518 leer stehen sollen?

**Herr Rieck:** Das Manhattan House ist von uns finanziert worden. Es ist ein Wohnblock in Downtown Manhattan. Wenn der „Spiegel“ ein bisschen besser recherchiert hätte, hätte er herausgefunden, dass durchschnittliche Verkaufspreise von 2,5 Millionen in New York nicht zum Luxussegment gehören, sondern eher ein mittleres Preissegment darstellen. Diese Wohnungen wurden über Jahrzehnte vermietet. Jetzt werden sie sukzessive in Eigentum umgewandelt und verkauft, insbesondere an Nutzer. Es liegen sehr viele Kliniken und medizinische Einrichtungen in diesem Viertel. Der Verkauf der Wohnungen ging auch sehr gut vonstatten; 110 Einheiten waren verkauft. Davon sind aber nur Teile geclosed worden, weil es auch dort Rücktritte gab. Der „Spiegel“ hat vergessen zu berichten, dass weitere 200 Wohnungen vermietet sind und weiterhin einen Beitrag zum Kapitaldienst leisten. Ich mache mir hinsichtlich des Risikos mittelfristig um dieses Projekt überhaupt keine Sorgen.

**Vorsitzender:** Aber wenn 200 vermietet sind, stehen immer noch 383 leer.

**Herr Rieck:** Ja.

**Abg. Herdejürgen:** Ich komme auf die synoptische Darstellung der unterschiedlichen Modelle - Abwicklung, kontrollierte Abwicklung, Weiterführung -, die Frau Heinold schon angesprochen hat, zurück. Da reicht mir die Antwort des Ministeriums nicht. Wir haben hier keine detaillierten Plandaten der Bank erwartet, sondern schlichtweg eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein, was die Planung der aktuell zugrunde

liegenden Modelle angeht, unter anderem Stressbetrachtung für diese drei Modelle. Was käme beispielsweise bei einer kontrollierten Abwicklung auf uns zu?

(Zuruf: Schriftliche Beantwortung!)

**Vorsitzender:** Es ist der Antrag auf schriftliche Beantwortung gestellt worden. Das setzt natürlich voraus, dass das sehr zeitnah erfolgt, weil wir am nächsten Donnerstag entscheidungsfähig sein wollen.

**Abg. Sauter:** Das, was von der Kollegin Herdejürgen angesprochen wurde, betrifft die Frage 5 des Umdrucks 16/4056:

Welche Stressfallkonstellationen führen nach Einschätzung der KPMG zu einer erweiterten Eigenkapitalerforderlichkeit?

Nur, um das noch zu ergänzen: Stressfallszenarien wurden bisher immer nur in Verbindung mit dem Fortführungskonzept erörtert. Für uns wäre es wichtig, darzustellen - weil das aus den Fraktionen als Fragen an uns herangetragen wurde -, wie sich Stressfallszenarien auf die kontrollierte Abwicklung auswirken würden. Sie wurde in den bisherigen Debatten immer eher als statische Angelegenheit betrachtet.

**Vorsitzender:** Herr Nonnenmacher, können Sie zusagen, das kurzfristig schriftlich zu beantworten?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Ich möchte ein paar Anmerkungen dazu machen. Man muss bei der Abwicklung zwei Arten unterscheiden. Das eine ist: Was würde bei einer sofortigen Liquidation der Bank geschehen? Da kann man natürlich gewisse Zahlen nennen. Aber, um ganz ehrlich zu sein, ich halte das für relativ sinnlos. Denn wenn Sie eine Bank liquidieren, würde die BaFin ins Spiel kommen, und die Liquidation würde ohne Zutun und Absprache mit den Anteilseignern geschehen. Die BaFin würde die Bank de facto wie beim Insolvenzfall einer Firma einfach abwickeln. Dann passiert Folgendes - das gilt auch für das zweite Szenario, das wir als kontrollierte Abwicklung bezeichnet haben -: Die guten Kunden werden sofort versuchen, von der Bank wegzukommen und die Finanzierung abzulösen, weil ihnen die Hausbank, mit der sie teilweise seit 60 oder 70 Jahren Geschäfte machen, nicht mehr zur Verfügung steht. Das heißt, Sie haben hier das negative Moral-Hazard-Problem, dass all die schlechten Kunden bei der Bank bleiben werden. Die Bank wird kein Neugeschäft und nichts anderes mehr machen; es findet eine reine Vermögensvernichtung statt.

Dann kommen zwei Dinge hinzu - wenn Sie fragen, für was die Länder nachher haften -: Das eine ist die Gewährträgerhaftung, die wir hier schon diskutiert hatten. Die Bank hat sich im Umfang von aktuell etwa 65 Milliarden € refinanziert, hat also Anleihen begeben, die de facto von den Ländern garantiert werden. Das heißt, wenn das Vermögen der Bank nicht ausreicht, diese Anleihen zurückzubezahlen, dann müssen die Länder einspringen. Das ist das eine. Gleichzeitig würden Sie im Abwicklungsfall, weil sich die Kunden von der Bank abwenden und weil alle Asset-Preise momentan gestresst sind, eine enorme Vermögensvernichtung auf der Aktivseite hinnehmen müssen. Das heißt, Sie würden sozusagen zweimal verlieren: auf der Aktivseite das Vermögen, und dadurch, dass die Liquiditätsseite nicht mehr gedeckt ist, würden Sie über die Gewährträgerhaftung einspringen.

Ich weiß nicht, ob Frau Roggencamp dazu etwas sagen kann. Herr Klemmt-Nissen hatte für die Hamburger Seite gesagt, dass man mit einem Insolvenzverwalter diskutiert hat, was die Abwicklung einer Bank de facto bedeuten würde. Dabei ist mir die Aussage im Ohr geblieben, dass die Summe, die dann für die Länder fällig wird, auf alle Fälle höher sein wird als bei dem Konzept, über das wir hier momentan sprechen.

Um an dieser Stelle noch einmal den Unterschied zu einer kontrollierten Abwicklung darzustellen: Liquidation bedeutet letztendlich, um es ganz hart zu sagen, Abwicklung der Bank im Sinne eines Insolvenzverfahrens. Eine kontrollierte Abwicklung hätte zum Teil ebenfalls die Effekte, die ich gerade genannt habe. Die Kunden werden sich von uns abwenden, weil sie wissen, dass wir langfristig nicht mehr zur Verfügung stehen. Dadurch entsteht auch in diesem Fall ein negativer Druck auf die Aktivseite. Aber gleichzeitig müssen Sie diese Bank, um sie mit Erlaubnis der Bundesaufsichtsbehörden überhaupt kontrolliert abwickeln zu können, rekapitalisieren. Der Unterschied zwischen der Rekapitalisierung im Abwicklungsfall und in dem Fall, den wir hier vorschlagen, liegt im Wesentlichen in dem Neugeschäft, das wir machen. Das Neugeschäft, das wir hier vorschlagen, wird beim Gesamtkapitalisierungskonzept mit etwa 1 Milliarde € zu Buche schlagen.

**Finanzminister Wiegard:** Wir werden im Beteiligungsausschuss, weil die Frage letztes Mal auch von Frau Heinold platziert wurde, hierzu vertiefende Zahlen darstellen. Zu dem, was Herr Nonnenmacher hier dargestellt hat, kann man sagen, dass sich die Kapitalisierung im Abwicklungsfalle mit 10 plus 2 Milliarden € darstellen würde. Natürlich würden sich die übrigen Daten der Bank in einem solchen Falle erheblich verändern. Aber die Kapitalisierung wäre in dem Maße dennoch erforderlich.

Wie sich die Gewährträgerhaftung ab 2009 über die Jahre entwickelt, haben wir in der Antwort zu 3.4 der Fragen von Bündnis 90/Die Grünen detailliert dargestellt. Sie reduziert sich von Jahr zu Jahr logischerweise.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Wir können das nachher im nichtöffentlichen Teil gerne noch um Zahlen ergänzen.

Jetzt sind mir erst einmal zwei Punkte wichtig, weil ich bisher von der quantitativen Seite her argumentiert habe. Die qualitativen Punkte, die mit einer solchen Abwicklung verbunden sind, sind erstens, dass die Anteilseigner in beiden Fällen der Abwicklung niemals wieder eine Dividende auf ihr Kapital sehen würden. Im Gegenteil, das Kapital, das heute noch in der Bank ist, würde bei einer Insolvenz vernichtet. Sie dürfen nicht vergessen, dass die Bank, selbst wenn Sie den Jahresverlust in die Bank momentan reinbuchen, immer noch über aufsichtsrechtliche Eigenmittel in der Größenordnung von 10 Milliarden € verfügen wird. Dieses Kapital würden Sie bei dem Prozess vernichten, und deshalb gäbe es von dieser Seite auch keine Dividende mehr zurück.

Zweitens - aber das können wir sicherlich an anderer Stelle diskutieren - ist klar: Damit würde einer der wichtigsten regionalen Versorger der Kreditwirtschaft ausfallen. Damit stellt sich die Frage: Was ist dann mit den Kundenbeziehungen? Außerdem dürfen wir an dieser Stelle nicht vergessen, dass mit jedem Abwicklungsszenario der komplette Verlust aller Arbeitsplätze der HSH Nordbank verbunden ist.

**Vorsitzender:** Wir werden ja nächsten Donnerstag auch Herrn Sanio von der BaFin hier zu Gast haben. Ich denke, das wird eine der zentralen Fragen an ihn sein.

**Abg. Herdejürgen:** Es ist in Ordnung, wenn wir diesen Themenkomplex vertiefend im Beteiligungsausschuss diskutieren. Nichtsdestotrotz brauchen wir für die Diskussion in der Fraktion natürlich eine Unterlage, anhand derer wir die unterschiedlichen Szenarien bewerten können. Da geht es nicht um die internen Daten der HSH, sondern in erster Linie um die Auswirkungen für den Landeshaushalt. Deshalb bitte ich um eine entsprechende Darstellung, auch was die unterschiedlichen Szenarien angeht, soweit das in synoptischer Darstellung möglich ist.

Dann habe ich noch eine Nachfrage zu dem Stressszenario, das in der Antwort auf unsere Fragen und, wie ich glaube, auch in den anderen Fragenkatalogen dargestellt ist. Da haben Sie zwei Punkte aufgeführt, die in der Stressbetrachtung berücksichtigt werden. Ich hätte gerne noch etwas präzisere Erläuterungen, was das im Einzelnen bedeutet.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Können Sie mir, da ich die Umdrucke nicht kenne, sagen, auf welcher Seite sich das befindet?

**Abg. Herdejürgen:** Das ist in dem Umdruck 16/4056 die Seite 3. Da ist aufgeführt, dass in der gestressten Planbetrachtung berücksichtigt wurde: aufgrund signifikanter Verschärfung der Finanzkrise bis Ende 2010 und langfristige Risiken nach 2010. Das ist ja sehr allgemein gehalten.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Geben Sie mir die Gelegenheit - falls meine Antworten nicht ausreichend sind, bitte ich Sie nachzufragen -, kurz zu erklären, was eigentlich die großen Eckparameter sind, die Sie kennen müssen, wenn Sie über die Planung sprechen. Das eine ist die Frage: Wie viel Neugeschäft will die Bank machen? Neugeschäft ist deswegen wichtig, weil daran auf der einen Seite die weitere Zinsmarge im Geschäft, auf der anderen Seite aber auch die Provisionserträge usw. hängen. Daneben hat die Bank einen Bestand. Wenn Sie Bestand und Neugeschäft zusammennehmen, können Sie relativ genau sagen, wie die Ertragsentwicklung für die Gesamtbank bzw. für die Kernbank aussieht.

Daneben - darauf möchte ich jetzt weniger eingehen - ist die klassische Kostenseite ein Thema, über das gesprochen werden muss. Das sind im Wesentlichen Sachkosten und Personalkosten.

Der große Treiber in der Gesamtplanung ist die Risikosituation in Bezug auf die Gesamtbank. Das sind im Wesentlichen zwei große Blöcke. Das eine ist das Kreditersatzgeschäft: Wie gehen Sie damit um? Was wurde hier verarbeitet, was will man weiterhin verarbeiten? Das Zweite - das macht einen Großteil der heutigen Diskussion aus - ist das Thema der Risikovorsorge im klassischen Kreditbereich. Bei Letzterem müssen Sie zwei Dinge genauer unterscheiden. Das eine sind die sogenannten Einzelwertberichtigungen, die man auf Einzelengagementebene bildet, und das andere sind sogenannte Portfoliowertberichtigungen. Sie können vereinfachend sagen, dass die Einzelwertberichtigungen immer bei problembehafteten Engagements und die Portfoliowertberichtigungen immer auf den gesunden aktiven Bestand gebildet werden, wo Sie aber eine Art erwarteten Verlust in die Zukunft rechnen, den Sie auch in die GuV einstellen.

Für beide Risikoblöcke - Kreditersatzgeschäft und Risikovorsorge für das klassische Kreditgeschäft - hat die Bank intensive Analysen in die Vergangenheit, beruhend auf der Jahresabschlussprüfung, und in die Zukunft geführt, sodass die Bank hier eine gewisse Risikovorsorge für 2008 sowie für 2009 und die Folgejahre eingestellt hat.

Wie findet das Ganze jetzt Niederschlag im Kapitalisierungskonzept? Im Kapitalisierungskonzept müssen Sie als Erstes den Jahresabschluss ausgleichen. Zweitens müssen Sie die Risiken, über die ich gerade gesprochen habe, die in die Planung über die Jahre eingestellt werden, im Kapitalisierungskonzept berücksichtigen.

Darüber hinaus spielt eine Rolle, dass wir momentan alle unter der sogenannten Prozyklizität von Basel II leiden; denn in einer Schönwetterlage müssen wir nach Basel II weniger Kapital vorhalten, in einer Schlechtwetterlage deutlich mehr. Dadurch dass die Rezession momentan flächendeckend alle Branchen erfasst, sinkt die Bonität aller Kreditnehmer. Das heißt nicht, dass die Kreditnehmer kritisch sein müssen; es reicht schon, wenn sie von Triple A auf Double A runtergeht. Dadurch wird, rein technisch gesehen, als Nächstes die Eigenkapitalanforderung im Sinne von Quoten über die Risikoaktiva nach oben gedrückt. Das heißt, Sie müssen auch eine Sicht darauf haben, wie sich diese Risikoaktiva über die nächsten Jahre verändern. Auch das müssen Sie de facto in Ihr Konzept mit aufnehmen. Hinzu kommt die Kapitalisierung des geringen Neugeschäftes, das die Bank über die Jahre hat.

In dieses Szenario baut man, wenn man die Risikovorsorge ermittelt, gewisse Stressüberlegungen ein. Das ist bei dieser Planung geschehen. Jetzt können Sie sich natürlich bei der Analyse, die Sie vornehmen müssen, mit dem Szenario auseinandersetzen: Was passiert - wie der Kollege vorhin sagte -, wenn der Himmel einstürzt? Sie können entsprechend höhere Zahlen reinschreiben. Ich nenne ein Beispiel: Ich hatte vorhin gesagt, dass wir im Shipping-Bereich eine Risikovorsorge von 1 % erwarten. Jetzt können Sie natürlich die Frage stellen: Was passiert, wenn statt 1 % dort 2 % steht? Das sind enorme Werte, die da aufgerufen werden. Sie müssen das Gesamtkapitalisierungskonzept so sehen, dass in dieser Planung ein erwarteter Fall plus ein gewisser Risikoaufschlag für Stressszenarien abgedeckt ist. Wenn die Umsetzung erfolgt, kommt die Bank auf eine Kernkapitalquote von gut 9 %. Nur, um Ihnen ein Gefühl dafür zu geben, was darüber hinaus geschehen müsste, damit die Bank auf eine Kernkapitalquote von zum Beispiel 7 % herunterfallen würde: Die Bank müsste im Jahr 2009 zusätzlich schlagende Risiken von 2,5 Milliarden € haben. Da die Bank aber de facto auf der reinen Risikoseite bereits 1,6 Milliarden € für 2009 einstellt, würde das bedeuten, dass die Bank ein Risiko von 4 Milliarden € in 2009 ausbuchen würde. Jetzt können wir darüber diskutieren, ob das für 2009 realistisch ist und ob das für weitere Jahre realistisch wäre.

Ich kann aus meiner Sicht nur sagen, dass die 10 plus 3 Milliarden €, die aus den Planungsannahmen der Bank hergeleitet sind, reichen werden, die Bank in dieser Krise sicher in den Hafen zu steuern. Natürlich - das wird Ihnen jeder sagen, aber das wissen Sie auch selber - kann ich Ihnen keine Garantie geben, dass sich das immer noch so darstellt, wenn die Welt zusammenbricht. Wenn wir noch einmal so einen Fall wie Lehman Brothers haben, wenn noch ein-

mal zum Beispiel eine deutsche Bank zusammenbricht, dann werden wir eine ganz andere Diskussion haben. Das wird dann aber keine Diskussion über die HSH Nordbank sein, sondern eine Diskussion über die gesamte Wirtschaft. In dem Sinne ist man immer gefangen in einem Spagat. Auf der einen Seite muss man sehen: Wie kann man transparent - das gilt nicht nur für die Bank, sondern auch für alle möglichen Berater, die KPMG als Abschlussprüfer usw. - aus heutiger Sicht die Planungsrisiken darstellen? Auf der anderen Seite kann man natürlich ein Szenario rechnen, was passiert, wenn die Welt zusammenbricht. Letztendlich müssen die Anteilseigner entscheiden, gegen wie viele Risiken sie sich abdecken wollen. Natürlich kann man in die Bank noch mehr Kapital hineingeben. Die Frage ist nur: Ist es effizient, die Gesamtbank auf eine viel höhere Quote zu kapitalisieren?

**Vorsitzender:** Um das zu bewerten, sitzen wir hier, Herr Nonnenmacher.

**Abg. Kubicki:** Herr Dr. Nonnenmacher, wir nähern uns langsam der unterschiedlichen Problemlage, die wir haben. Ich verstehe das Bemühen des Vorstandes der Bank, das Institut erfolgreich am Markt zu halten. Andererseits sitzen wir hier als Abgeordnete des Landtages von Schleswig-Holstein in der Verpflichtung, uns die Frage zu stellen, ob mit den Steuergeldern des Landes Schleswig-Holstein vernünftig und sorgsam umgegangen wird. Deshalb verstehen Sie bitte die Vielzahl von Nachfragen. Ich will Ihnen glauben, dass Sie das alles ganz ordentlich machen; aber ich als Abgeordneter und viele Kollegen wollen gerne sehen, welche Annahmen Sie zugrunde legen, um prüfen zu können, ob wir das für realistisch halten. Wir haben uns der Problematik schon ein wenig genähert.

Ich habe zunächst technische Fragen. Die erste Frage lautet: Wann ist mit der Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2008 zu rechnen?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Wir gehen davon aus, dass das Testat des Jahresabschlusses - das muss man genau unterscheiden - Ende März/Anfang April vorliegen wird. Dann gehen die Prüfungsberichte an die Mitglieder des Prüfungsausschusses. Wir gehen davon aus, dass der Jahresabschluss in der Aufsichtsratssitzung Ende April festgestellt wird.

**Abg. Kubicki:** Die zweite Frage: Liegt die vertiefte Risikoanalyse, mit der KPMG tatsächlich oder angeblich beauftragt worden ist, bereits vor, oder wann ist mit der Vorlage zu rechnen?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Die Ergebnisse der Risikoanalyse werden Teil des Jahresprüfungsberichtes sein, der in dem Sinne also nicht vorliegt. Die Ergebnisse der Risikoanalyse liegen allerdings vor.

Ich möchte noch einmal einen Schritt zurückgehen: Die KPMG hat in der Jahresabschlussprüfung der Bank keinen Stein auf dem anderen gelassen. Man ist komplett durch die Kreditengagements und durch das Beteiligungsportfolio der Bank gegangen. Das ist der Bereich, in dem ein potenzielles Risiko drohen könnte, sodass die KPMG der Bilanzierung der Bank komplett folgt. Von daher kommt sie letztendlich zu zwei Aussagen, die hier wichtig sind: erstens dass die vom Vorstand der Bank gebildete Risikovorsorge angemessen und ausreichend ist, zweitens dass hinsichtlich des Fortführungskonzeptes keine Hemmnisse gesehen werden.

**Abg. Kubicki:** Für mich ist nicht entscheidend, dass Sie erklären, was berücksichtigt werden muss - das können wir uns im Zweifel selbst überlegen -, sondern vor allem, in welcher Größenordnung das berücksichtigt werden muss bei den einzelnen Szenarien, die Sie berechnet haben. Auf diese Zahlen lege ich im Beteiligungsausschuss großen Wert.

Aber ich habe Sie richtig verstanden, dass in dem Fall, dass die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht ganz so optimistisch darstellt, wie im makroökonomischen Umfeld beschrieben - das heißt bei einem Jahresverlust der HSH Nordbank in gleicher Größenordnung wie für das Jahr 2008 und einem von Wirtschaftsprüfern angenommenen erhöhten Risikobedarf, Pauschalwertberichtigung beispielsweise nur auf Schiffsportfolien im nächsten Jahr von 1 auf 2 % -, das Land Schleswig-Holstein und die Freie Hansestadt Hamburg, um die Kernkapitalquote zu halten, Ende des Jahres in etwa den gleichen Betrag noch einmal nachschießen müssten.

**Vorsitzender:** Also für das Jahr 2010.

**Abg. Kubicki:** In 2010 für 2009.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Wir gehen momentan davon aus, dass wir nach diesem Kapitalisierungskonzept eine Kernkapitalquote von gut 9 % haben werden. Wir stellen für 2009 eine Risikovorsorge in der Höhe von 1,6 Milliarden € ein. Wenn Sie jetzt fragen, was an zusätzlichem Stress entstehen müsste, damit wir wieder runterfallen auf eine Kernkapitalquote von 7 %: Es müssten weitere Verluste in Höhe von 2,5 Milliarden € entstehen. Wir können vielleicht im Beteiligungsausschuss genauer in die Zahlen schauen, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, was das bedeuten würde und ob das bei der Besicherungsstruktur der einzelnen Kreditportfolien überhaupt eintreten kann.

**Finanzminister Wiegard:** Zu dem Komplex der ersten Frage gehört das, was im Auftrag der Landesregierung PricewaterhouseCoopers begleitet hat. Wenn der Wunsch besteht, kann Herr Eckes das für PwC noch einmal erläutern.

**Abg. Kubicki:** Ich nehme an, dass sich nach der Erklärung von PwC weitere Fragen an PwC anschließen werden; deshalb sollten wir das im Anschluss machen.

Herr Professor Nonnenmacher bzw. Herr Minister Wiegard, im „Handelsblatt“ ist berichtet worden, dass ein Mitvorstandsmitglied von Ihnen, Herr Friedrich, anlässlich einer Präsentation des neuen Geschäftsmodells der HSH Nordbank erklärt haben soll, dass er die Steigerung der Marktdurchdringung bei Firmenkunden für nicht realistisch hält. Meine Frage ist: Ist diese Aussage zutreffend? Wenn ja, welche Diskussionen gibt es dazu bei Ihnen? Wie schätzen Sie das ein?

Damit im Zusammenhang steht die Frage, worin sich das neue Geschäftsmodell der HSH Nordbank von dem Modell „Wetterfest“ aus September des Jahres 2008 unterscheidet, außer darin, dass Sie eine Abbaubank für die Reduzierung der von Ihnen nicht mehr gewünschten Portfolien einrichten wollen.

Die dritte mich sehr interessierende Frage ist: Stimmt denn - das müssten Sie doch übersehen können - der Geschäftsverlauf der ersten zwei Monate des Jahres 2009 mit Ihren Planungen für die ersten zwei Monate des Jahres 2009 überein, das heißt, haben Sie Ihre Ziele erreicht, oder gibt es Abweichungen von den Zielen? Wenn ja, in welche Richtung und in welcher Größenordnung? Und wie, glauben Sie, wird sich die weitere Entwicklung gestalten?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Ich fange einmal mit der mittleren Frage an. Zunächst einmal will ich ganz klar sagen: Momentan ist nicht die Zeit, über revolutionäre neue Geschäftsmodelle nachzudenken. Wir können uns nachher gerne noch darüber unterhalten, was das bedeuten könnte oder würde. Die Bank ist seit Ende November das gesamte Portfolio der Bank nach klar definierten Kriterien durchgegangen. Wir haben uns die Fragen gestellt: Wie ist der Bezug des einzelnen Portfolios zur Region? Wie attraktiv ist der Markt, in dem die Bank tätig ist? Wie ist die Positionierung der Bank in diesem Markt? Und vor allem: Wie intensiv sind die Kundenbeziehungen der Bank? Wir bieten ja nicht nur das klassische Kreditprodukt an, sondern darüber hinaus weitergehende provisionstragende Ergebnisse. Daneben stellt sich die Frage: Wie kapitaleffizient und liquiditätseffizient ist das einzelne Geschäft? Wir müssen uns immer wieder klarmachen, dass die Bank historisch gesehen schwach kapitalisiert war. Das drückt momentan auf der Kapitalisierungsseite. Vor Lehman

Brothers war die Refinanzierung des Geschäfts der HSH Nordbank überhaupt kein Problem, weil der Interbankenmarkt funktioniert hat.

Nachdem wir anhand dieser Kriterien das gesamte Portfolio durchgegangen sind, haben wir quasi eine Vierteilung der Bank durchgeführt, die letztendlich dazu führt, dass wir einerseits die Kernbank haben und andererseits die Abbaubank, innerhalb derer - das will ich hier jetzt nicht sehr detailliert darstellen - wir klar unterscheiden zwischen opportunistischem Geschäft, hinter dem keine Kundenbeziehung steht, und nichtstrategischem Geschäft, das ein gutes Geschäft war, das wir aber verkaufen bzw. abbauen wollen. Das führt insgesamt dazu, dass die Bank die Bilanzsumme halbiert und dadurch entsprechende Risikoaktiva abbaut, was hilft, die Kapitalquote nach oben zu bringen.

Teil der Kernbank ist insbesondere das Firmenkundengeschäft, bei dem die Bank eine hervorragende Stellung in der Region hat. Es ist ganz klar - da kann ich für den Gesamtvorstand der Bank reden; ich denke, Herr Friedrich ist da vom „Handelsblatt“ falsch zitiert worden -, dass die Aufteilung des Firmenkundenmarktes zwischen den Sparkassen und uns bei einer Umsatzgröße von 50 Millionen € liegt. Unterhalb davon ist die Sparkasse aktiv, oberhalb sind wir. Daneben gibt es sogenannte Konsortialgeschäfte, bei denen wir uns gegenseitig unterstützen. Ich glaube, Herr Kubicki, um ganz ehrlich zu sein: Über die nächsten zwei Jahre wird die Frage nicht nur für die HSH Nordbank, aber insbesondere für die HSH Nordbank nicht sein, wo wir wachsen und ob wir gute neue Geschäftsbereiche finden; vielmehr wird der Erfolg der gesamten strategischen Neuausrichtung im Wesentlichen darin liegen, wie wir die Risiken in der Bilanz der HSH Nordbank wertoptimiert managen werden. Dazu gehört das schon angesprochene Shipping-Portfolio. Ich glaube nicht, dass das Ziel momentan ist, aggressiv zu wachsen. Dazu ist das Neugeschäft, das wir planen, viel zu sehr reduziert. Da sehen wir momentan auch keinen Bedarf.

Zu den Zahlen kann ich Ihnen für den Monat Januar sagen - die Februar-Zahlen habe ich noch nicht gesehen -, dass wir deutlich über der Planung liegen. Aber daraus Rückschlüsse für das gesamte Jahr zu ziehen, ist nicht sinnvoll.

**Vorsitzender:** „Über der Planung“ interpretieren wir so, dass es positiver ist als geplant.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Genau.

**Vorsitzender:** Ich darf in Erinnerung an die zweite Frage des Kollegen Kubicki nachhaken: Im „Spiegel“ - es muss ja nicht alles stimmen, was im „Spiegel“ steht - wird Ihr Vorstandskollege Friedrich auf die Frage, ob das Marktpotenzial für die HSH groß genug sei, zitiert mit

den Worten: „Das glaube ich nicht.“ Das ist für unsere Beratung ja eine entscheidende Frage. Hat der „Spiegel“ richtig berichtet?

**Herr Rieck:** Herr Friedrich hat eine Äußerung in die Richtung gemacht, dass die Bank allein vom mittelständischen Firmenkundengeschäft nicht leben kann und auch die Erträge in diesem Geschäftsfeld in der engen Kernregion nur begrenzt steigern kann. Ich will auch begründen, warum das so ist: Wir veröffentlichen seit vielen Jahren eine Liste mit den 100 größten Unternehmen in Schleswig-Holstein. Wenn Sie die Banken und die Konzerntöchter, die keine Finanzierungsaktivitäten haben, nicht mitzählen, dann bleiben rund 73. Von diesen 73 Firmen, die unzweifelhaft oberhalb der Zielkundengruppen der Sparkassen liegen, hat die Bank 53, also 75 %, als Kunden. Bei 17 Unternehmen bemühen wir uns sehr um eine Geschäftsbeziehung. Das ist also das Potenzial bei diesen 100 größten Unternehmen. Bei vier Unternehmen sind wir aus Risikogründen sehr froh, dass wir keine Geschäftsbeziehung haben.

Das ist der Hintergrund der Antwort von Herrn Friedrich, dass das Geschäftsmodell der Bank nicht auf den Kunden, die wir in Schleswig-Holstein noch neu gewinnen können, aufgebaut werden kann. Deshalb braucht es auch Ergänzungen. Die Zahlen in Hamburg in Bezug auf die 100 größten Unternehmen sind sehr vergleichbar. Der Anteil der Marktdurchdringung ist mit 60 % etwas geringer. Insofern ist das Firmenkundengeschäft in unserer Strategie auch kein Wachstums-Case. Vielmehr ist es sozusagen ein Basisgeschäft, das wir neben den Kundenbeziehungen in der Region, mit denen wir jahrzehntelange Geschäftsverbindungen haben, und neben der Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Konsortialgeschäft auch in einzelnen Branchen, beispielsweise der Gesundheitswirtschaft - das ist ein ganz wichtiger Zweig, in dem wir bundesweit tätig sind -, verfolgen, weil wir gerade in diesem Sektor Steigerungsraten sehen. Das ist der Hintergrund, vor dem Herr Friedrich diese Äußerung gemacht hat.

**Abg. Kubicki:** Ich habe das mit den Firmenkunden und dem Wachstumspotenzial jetzt richtig verstanden. Wie sieht es denn mit dem Wachstumspotenzial im Bereich Shipping aus, der ja immerhin 31 % Ihrer Erträge generieren soll? Gibt es da Neugeschäfte?

**Herr Rieck:** Für die nächsten Jahre haben wir unsere geplanten Neugeschäftsraten sehr stark heruntergeplant, weil, wie Sie wissen, die Bank ein sehr großes Portfolio hat und wir genug Arbeit und auch Erträge aus diesem Portfolio ziehen werden. Wir haben im letzten Jahr alleine aus dem bestehenden Portfolio bei einem Kreditvolumen von rund 4 Milliarden € Ertrags-erhöhungen mit durchschnittlichen Mehrerträgen von 70 Basispunkten bei unseren Kunden durchsetzen können. Wann immer unser Kunde uns bittet, ihm einen Gefallen zu tun und vom Kreditvertrag in einem Punkt abzuweichen, bitten wir ihn um den Gefallen, eine etwas höhere

Marge zu zahlen; denn durch den starken Konkurrenzdruck in 2006 und 2005 waren sehr viele Banken im Schiffsgeschäft unterwegs und haben die Margen gedrückt. Das holen wir zum Beispiel nach und generieren aus dem vorhandenen Geschäft zusätzliche Erträge.

Seit September letzten Jahres - das kann man ziemlich genau auf den Tag der Pleite von Lehman Brothers einstellen - gibt es keine einzige nennenswerte Schiffsbauorder. Ich lasse einmal den Fall beiseite, dass die Wyker Schiffsreederei zwei Fähren ordert. In den Haupt-Asset-Klassen der Schifffahrt jedenfalls gibt es keine Order mehr. Was bedeutet das für die Werften? Ich betone noch einmal: Unsere Bank ist im Shipping tätig, nicht im Schiffsbaugeschäft. Wir finanzieren, mit Ausnahme von einigen wenigen schleswig-holsteinischen Werften, weltweit keine Werften, sondern die Reeder, die die Schiffe bestellen, mit diesen fahren, die Güter transportieren und daraus ihre Einnahmen generieren.

Weltweit betrachtet kann man sagen, dass die Werften - die großen Werften sitzen in Asien - bis 2011 mehr als ausgelastet sind. Sie fahren oberhalb ihrer Kapazitätsgrenze, indem sie überall Segmente fertigen lassen und Leiharbeiter beschäftigen. Ab 2012, 2013 wird dieses Programm abgearbeitet sein. Dann wird nichts mehr im Orderbuch stehen. Deshalb sind diese Werften zunehmend aufgeschlossen, wenn Reeder zu ihnen kommen und fragen, ob Schiffe, die 2011 abgeliefert werden sollen, nicht auf 2013 oder 2014 verschoben werden können. Das Orderbuch, das sich da aufgebaut hat, auf eine längere Zeit zu strecken, wird der gesamten Schifffahrt helfen, mit einer geringeren Überkapazität durch die Schifffahrtskrise zu kommen.

Das sind Themen, mit denen wir uns heute sehr intensiv beschäftigen, weniger mit dem Thema Neugeschäft. Wir haben Kunden, die durch die guten Verdienste in den letzten Jahren auf Milliarden Liquidität setzen und darauf warten, jetzt in einem schlechten Markt billig Schiffe kaufen zu können. Da wird es vereinzelte Transaktionen geben, an denen wir uns mit Neugeschäft beteiligen. Wir erwarten, dass der Markt sich etwa 2012, 2013 normalisiert. Dann wird es vor allen Dingen Transaktionen zwischen den Beteiligten geben. Nicht jedes Geschäft läuft so, dass ein Schiff bestellt, gebaut und von uns finanziert wird. Vielmehr gibt es Schiffsver- und -ankäufe; ganze Flotten werden neu finanziert. Das ist die Basis für unsere Geschäftspläne bis 2012.

**Abg. Arp:** Herr Professor Nonnenmacher, nur damit ich die Antwort auf die Frage, die auch im Umdruck 16/4063 der Grünen auf Seite 15 steht und die eben vom Kollegen Kubicki angesprochen worden ist, richtig verstehe. Wenn ich das richtig sehe - das haben Sie eben auch bestätigt -, gibt es den Jahresabschluss von KPMG voraussichtlich im April. Der Landtag soll voraussichtlich Ende März über die Neustrukturierung abstimmen. Weitere Risiken, haben

Sie gesagt, schließen Sie aus. Die Zahlen, die uns jetzt zugrunde liegen, sind, insbesondere im Risikobereich, in etwa die, die wir auch im KPMG-Gutachten wiederfinden. Richtig?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Ja.

**Abg. Arp:** Gut. Dann habe ich nur noch eine Frage in dem Zusammenhang: Wissen Sie denn schon heute den Kurs der Sparkassenaktie bzw. der Aktien überhaupt, denn das trifft ja dann wiederum die Sparkassen? Die müssen Ihnen dann doch auch vorliegen.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Der Kurs der Sparkassenaktien oder der Aktie der HSH Nordbank wird momentan in intensiven Diskussionen zwischen den Anteilseignern festgelegt. Da unterstützt die Bank; aber das ist letztendlich eine Diskussion unter den Anteilseignern.

**Abg. Arp:** Aber es gibt noch keinen Wert, der belastbar ist? - Gut.

**Finanzminister Wiegard:** Wir sind in einer Unternehmensbewertung durch unsere Wirtschaftsprüfer und Berater, die eine Bandbreite feststellen wird. Die Anteilseigner werden sich dann über diese Unternehmensbewertung und die Bandbreite - so war das Verfahren auch bei der Kapitalerhöhung Mitte 2008 - im Verhandlungswege auf einen Wert der Aktie verständigen.

**Abg. Heinold:** Sie sagten, die Bandbreite werde erarbeitet. Von wem wird sie erarbeitet?

**Finanzminister Wiegard:** Sie wird von PwC erarbeitet.

**Abg. Hentschel:** Kann es sein, dass die Risiken so hoch sind, dass man zu dem Ergebnis kommt, dass die Bewertung der Bank auf einen Wert Null oder sogar auf einen negativen Wert hinausläuft?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Definitiv nein.

**Abg. Sauter:** Wird der im Wege der Verhandlungen festzulegende Aktienkurs nachfrageorientiert sein? Das hieße, dass man sich bei einem Aktienkurs sozusagen danach richten muss, ob eine Aktie, wenn sie angeboten werden würde, zu diesem Kurs auch gekauft werden würde.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Vielleicht kann Herr Eckes von der PwC noch das eine oder andere zu den Grundzügen der Unternehmensbewertung sagen. Aber eine solche Unterneh-

mensbewertung kann man nach verschiedenen Verfahren durchführen. Darauf möchte ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen. Typischerweise ist es so, dass man im Rahmen verschiedener Szenariobewertungen in eine Bandbreite fällt, innerhalb derer der Kurs als vernünftig angesehen wird und auf den sich die Anteilseigner verständigen müssen.

**Abg. Kubicki:** Weil wir auch die Stellungnahme des Sparkassen- und Giroverbandes haben, eine Frage an den Minister. Ich habe vernommen, dass bei leichter Stresssimulation des Modells keine Risiken bestehen. Ich frage Sie, Herr Minister: Welche Risiken sieht da der Sparkassen- und Giroverband? Das muss er ja geäußert haben, denn er erklärt, dass er sich an den Kapitalmaßnahmen angesichts der hiermit verbundenen Risiken und der Beeinträchtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkassen nicht beteiligen will.

**Vorsitzender:** Der Präsident sitzt im Aufsichtsrat, wenn ich richtig informiert bin. Vielleicht können Sie das bestätigen, Herr Nonnenmacher.

**Finanzminister Wiegard:** Es sitzen sogar zwei Vertreter des Sparkassen- und Giroverbandes im Aufsichtsrat. - Am besten stellt man die Frage an den Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes. Ich kann nur aus den Gesprächen und aus der Beratung im Aufsichtsrat, weil das ja auch publiziert ist, darstellen, dass es einen einstimmigen Beschluss über Geschäftsmodell, Restrukturierung, Kapitalisierung gegeben hat, dass der Sparkassen- und Giroverband für die Sparkassen in Schleswig-Holstein bereits frühzeitig erklärt hat, dass sie in Gänze sich nicht in der Lage sehen, sich an der Risikoabschirmung der bisherigen Geschäftstätigkeit oder der Rekapitalisierung der Bank zu beteiligen, und zwar aufgrund der sich daraus möglicherweise ergebenden Marktschwäche der Sparkassen. Das haben wir bei dem Kapitalisierungsmodell berücksichtigt, indem wir weder bei der Garantie noch bei der Eigenkapitalaufstockung die Sparkassen berücksichtigt haben. Das haben die Länder getragen.

Im Übrigen weise ich noch einmal darauf hin, dass die beiden Vertreter des Sparkassen- und Giroverbandes dem Modell zugestimmt haben, das auch alle anderen bestätigt haben.

**Vorsitzender:** Dann haben wir ja gemeinsam einen Widerspruch auf Seite 1 und 2 dieses Schreibens im Umdruck 16/4069 festgestellt.

**Abg. Kalinka:** Hat es seitens der Bank oder der Anteilseigner Signale gegeben, eine konkrete Zahl, wie die Aktie der HSH Nordbank derzeit eingeschätzt wird?

**Finanzminister Wiegard:** Nein, weil wir das Ergebnis der Unternehmensbewertung, also die Bandbreite, in der sich nach bestimmten Regeln der Aktienwert derzeit jedenfalls theoretisch

bemisst, erst einmal haben müssen, um daraus im Verhandlungswege einen gemeinsamen Wert zu bilden.

**Abg. Kalinka:** Also wird die Aussage über bestimmte Zahlen oder Einschätzungen - ob 22 oder 20 €, die in Gesprächen genannt werden - derzeit jedenfalls nicht vonseiten der Bank oder der Anteilseigner gedeckt.

**Finanzminister Wiegard:** Es sind immer mal wieder irgendwelche Zahlen geäußert worden. Zum Teil - das geht kunterbunt durcheinander - sind es Buchwerte, zu denen die jeweiligen Anteilseigner die Aktien halten, zu sehr unterschiedlichen Beträgen, wie wir festgestellt haben. Es geht darum, zunächst einmal einen auf klaren Grundlagen basierenden theoretischen Marktwert zu ermitteln, der dann Grundlage für Verhandlungen ist. Üblicherweise bildet sich der Preis für Aktien, die offen gehandelt werden, an der Börse durch Angebot und Nachfrage. Man kann sich ja einmal ansehen, wie sich die Aktienkurse der großen Banken in den letzten zwei Jahren entwickelt haben. Dann bekommt man einen Eindruck davon, was da vor sich geht. Die HSH Nordbank ist aber nicht an der Börse, was ich im Übrigen sehr bedaure. Denn wenn wir da schon gelandet wären, hätte das Land Schleswig-Holstein das eine oder andere Problem weniger. Deshalb bildet sich der Preis innerhalb der Gruppe derjenigen, die derzeit zur Verfügung stehen, um Aktienkapital überhaupt zu bilden. Das geschieht im Verhandlungswege.

**Abg. Kayenburg:** Eine Nachfrage zu diesem Komplex, denn das Schreiben des Sparkassen- und Giroverbandes geht noch ein Stück weiter. Die schleswig-holsteinischen Sparkassen möchten ihre Aktien verkaufen, um, wie der Verband schreibt, „die Erfüllung ihres öffentlichen Auftrages nicht weiter zu gefährden“. Wie ist die Einschätzung der Bank dazu? Ist die Erfüllung des öffentlichen Auftrages der Sparkassen gefährdet, wenn sie die Aktienanteile an der HSH Nordbank halten? Kann es sein, dass der Sparkassen- und Giroverband der Kapitalerhöhung im Aufsichtsrat zugestimmt hat, weil er damit sein eigenes Portfolio weiter absichern wollte? Ist nicht derjenige, der das geschrieben hat, nicht nur Mitglied des Aufsichtsrats, sondern auch Vorsitzender des Risikoausschusses, sodass man ihm bei der Beurteilung sicherlich eine hohe Kompetenz zumessen muss?

**Finanzminister Wiegard:** Herr Kayenburg, der Unterzeichnende war Vorsitzender des Risikoausschusses und ist jetzt Vorsitzender des Prüfungsausschusses; aber das beinhaltet die gleiche Kompetenz zu demselben Sachverhalt. Das Risiko, das die Sparkassen und der Verband in dem Geschäftsmodell vor vergangenem Montag gesehen hatten, war im Wesentlichen, dass die HSH Nordbank zukünftig in die Zielgruppe der Sparkassenkunden eindringen will, was übrigens genauso die Genossenschaftsbanken berühren würde. Wir haben alle mit-

einander - das sage ich jetzt nicht als Anteilseigner, sondern auch als Vertreter der Landesregierung - natürlich kein Interesse daran, dass wir durch Stärkung der einen Säule möglicherweise die andere Säule, die wir ebenso am Markt platziert lassen wollen, beschädigen. Deshalb ist es richtig, dass Herr Rieck noch einmal zu der klarstellenden Formulierung etwas sagt, die wir zwischen Landesbank und Sparkassen gefunden haben. Das war, Herr Kayenburg, die Voraussetzung dafür, dass die Sparkassenvertreter zugestimmt haben.

**Abg. Kayenburg:** Das Schreiben ist vom Dienstag.

**Finanzminister Wiegard:** Ich würde auch andere Briefe nicht so schreiben, wie ich sie kennengelernt habe.

**Vorsitzender:** Ich erinnere daran, dass der Landtag in seiner letzten Sitzung eine Resolution verabschiedet hat, in der er genau diesen Willen bekundet hat, nämlich beide Säulen zu erhalten und nicht in eine Konkurrenz zwischen den Säulen einzutreten.

**Herr Rieck:** Der Sparkassenverband und die Sparkassenvertreter hatten in der Tat die Sorge, dass wir durch die stärkere Konzentration auf das Mittelstandsgeschäft und auch auf das gehobene Privatkundengeschäft in der Region in die Märkte nach unten vordringen, zu kleineren Firmenkunden, zum ganz normalen Privatkundengeschäft. Wir haben das in unserer Strategie insofern berücksichtigt, als wir unsere Zieldefinitionen für Neukundengewinnung in Schleswig-Holstein etwas stärker von den Sparkassen abgesetzt haben, indem wir gesagt haben: Neukunde in Schleswig-Holstein kann nur noch ein Firmenkunde mit einem Umsatz als Produktionsunternehmen - als Faustregel - von 50 Millionen € oder mehr sein. In der Vergangenheit begann unsere Zielsegmentierung bei 25 Millionen €. Das ist durch die Sparkassenfusion - das sind ja größere Institute geworden - durchaus eine Grenze, wo man sich ins Gehege kommen kann. Wir haben ganz klar gesagt - das ist eine Strategieänderung der HSH Nordbank in Schleswig-Holstein -: Wir werden diese Grenze bei 50 Millionen € ansetzen, und wir werden uns mit den Sparkassen an einen Tisch setzen, um darüber zu sprechen, wie wir erstens im Sparkassengeschäft zusammenarbeiten können, indem wir das Konsortialkreditgeschäft gemeinsam machen, also die Sparkassen unterstützen können, und zweitens für eine gewisse Ordnung in den Märkten sorgen. Da müssen wir natürlich die kartellrechtlichen Grenzen strikt beachten. Aber im Rahmen des Erlaubten würden wir hier in Schleswig-Holstein eine klare Vereinbarung mit den Sparkassen treffen. Zudem haben wir ganz klar erklärt, dass die Kunden, die wir als Neukunden unseres Privatkundengeschäftes im Visier haben, nicht originär im Zielfokus der Sparkassen liegen werden.

**Abg. Astrup:** Was Sie gerade gesagt haben, Herr Rieck, entspricht im Wesentlichen auch der Vereinbarung von 2004, wenn ich das richtig in Erinnerung habe; da hat sich ja nicht allzu viel verändert zwischen HSH und Sparkassen.

Ich habe in diesem Zusammenhang eine Frage an den Finanzminister. Herr Minister, teilen Sie meine Auffassung, dass der von der Sparkassenorganisation geforderte faire Preis bei etwaigen Verkäufen auch der aktuelle Preis sein könnte?

**Finanzminister Wiegard:** Wenn wir gemeinsam zu der Auffassung kommen, dass der derzeit sehr individuell gestaltete Buchwert nicht Gegenstand von Verhandlungen sein kann. Ich wäre dankbar, wenn wir Diskussionen über mögliche Verhandlungen, die es derzeit noch gar nicht gibt, nicht in dieser Runde und nicht in aller Öffentlichkeit führen, sondern, wenn sie denn geboten sind, so führen, wie sie geboten sind.

**Abg. Heinold:** Ich habe zwei Fragen, erstens zum Zeitablauf für die Bewertung der Aktien. Wird es so sein, dass erst der Landtag beschließt, dann die Kapitalaufstockung erfolgt, weil sie ja beschlossen worden ist, und man anschließend darauf angewiesen ist, sich mit den anderen Anteilseignern auf einen Preis der Aktie zu einigen? Das wäre aus meiner Sicht ein sehr unglückliches Verfahren, weil wir dann wirklich alle Bausteine gelegt haben und eventuell als Land den Kürzeren ziehen, insbesondere in Bezug auf Flowers; auch da geht es ja um die Frage der Bewertung.

Zweitens noch einmal zu den Sparkassen und der Versorgung der Wirtschaft. Da hatte Herr Kubicki einen bankinternen Vermerk eingeführt, aus dem deutlich hervorgeht, dass Herr Friedrich gesagt hat, dass in Norddeutschland schon ab 25 Millionen € akquiriert wird. Eben habe ich Sie so verstanden, dass das Vergangenheit war und zukünftig wahrscheinlich mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken eine Grenze von 50 Millionen € vereinbart werden soll. Wenn ich das so richtig verstanden habe, würde ich Sie bitten, das noch einmal zu bestätigen, damit das so auch im Protokoll steht.

**Herr Rieck:** Die Antwort lautet: ja.

**Finanzminister Wiegard:** Zu Ihrer ersten Frage. Der Ablauf ist so, dass zunächst einmal die Landtage darüber entscheiden, ob wir die Kapitalisierung so vornehmen, und danach die Hauptversammlung eine solche Kapitalisierung beschließt und die Anteilseigner sich über einen Preis verständigen müssen, zu dem die neuen Aktien übernommen werden. Ich kann Ihnen jetzt, weil das Gegenstand von Verhandlungen ist, nicht genau sagen, zu welchem Zeitpunkt wir da zu einem abschließenden Ergebnis kommen.

(Zuruf)

- Wir arbeiten auf Einstimmigkeit hin.

**Abg. Herdejürgen:** Ich habe zu dem Thema Konkurrenz zu den Sparkassen noch eine Nachfrage an Herrn Rieck. Kann ich die Aussage, dass die HSH Nordbank die Sparkassen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips unterstützt, so verstehen, dass im Falle einer gefühlten oder tatsächlichen Konkurrenz den Sparkassen Vorrang eingeräumt wird, was Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen angeht?

**Herr Rieck:** Wir unterscheiden zwischen Kunden und Nichtkunden. Bei denen, die wir als unsere Kunden sehen - über die wollen wir uns mit den Sparkassen verständigen, damit wir da eine saubere Abgrenzung haben -, würden wir dieses Prinzip nicht anwenden. Aber ich glaube, dass die Sparkassenvertreter mit dieser Strategieveränderung der Bank und dem Angebot sehr zufrieden waren. Es hat auf jeden Fall die Zustimmung seitens der Sparkassen im Aufsichtsrat einfacher gemacht.

**Vorsitzender:** Es soll ja, wie man der Presse entnehmen durfte, einstimmig beschlossen worden sein.

**Abg. Kayenburg:** Herr Dr. Nonnenmacher, möglicherweise habe ich es überhört; aber haben Sie eine Antwort darauf gegeben, ob Sie in der Lage sind, die Synopse mit den Modellen und den verschiedenen Stressszenarien bis nächste Woche zu geben? Sie haben lange Ausführungen gemacht, die ich zum Teil etwas nebulös fand. Ich will deutlich sagen: Wir entscheiden, ob eine BaFin-Sofortabwicklung relativ sinnlos ist oder nicht. Ich hätte gerne konkrete Zahlen auf dem Tisch. Eigentlich sollte das bei einem Mathematiker naheliegen, dass er mit Zahlen argumentiert.

Deswegen wüsste ich auch gerne, ob Sie beispielsweise die vermutete Abnahme des BIP um neuerdings über 3 % mit eingepreist haben und wie Sie feststellen wollen, dass Kunden dann nicht weglaufen, wenn Sie die Bank in eine Kernbank und eine Abbaubank unterteilen. Auch das ist ein Stück Abwicklung. Was gibt Ihnen die Sicherheit, dass die Kunden dann bleiben?

Weiterhin würde ich, da Sie sagen, dass auch eine Vermögensvernichtung oder eine Abwicklung eine Rekapitalisierung erforderlich machen würde, gerne wissen, in welchem Umfang in einem solchen Fall zusätzliche Kosten auf uns zukommen. Der Hinweis, dass der Versorger für die Kreditwirtschaft ausfällt, mag ja richtig sein. Ich würde aber dennoch gerne wissen, in

welchem Umfang eine Versorgung der Kreditwirtschaft hier im Lande durch Sie, über die Zahlen hinaus, die wir haben, in der Zukunft angedacht ist.

Schließlich zur Gewährträgerhaftung. Da sind wir immer mit Riesenzahlen konfrontiert worden. Wenn ich das richtig gesehen habe, sinkt die Gewährträgerhaftung in 2015 auf 5,7 Milliarden €. Wenn wir, Schleswig-Holstein, mitüber 19 % beteiligt sind, ist das für mich ein Wert von etwa 1,1 Milliarden €, der da auf uns zukommt.

(Abg. Koch: 2015!)

- Natürlich 2015. Aber die Umwandlung in die Kernbank und die Abbaubank soll ja auch 18 Monate dauern, und dann sind wir schon in 2012. Vor dem Hintergrund bitte ich wirklich, dieses Szenario noch einmal mit konkreten Zahlen deutlich zu machen.

Letzter Punkt. Sie haben von einer Risikovorsorge in Höhe von 1,6 Milliarden € gesprochen. Wenn das Eigenkapital auf 7 % sinken würde, würden weitere 2,5 Milliarden € fällig. Wie hoch ist in Zahlen dieses Risiko?

**Vorsitzender:** Besser wäre es natürlich, wir könnten auf der Basis schriftlicher Antworten darüber nachdenken und diskutieren. Können Sie heute vorab etwas dazu sagen, Herr Nonnenmacher?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Ich werde es versuchen; das war ja ein ganzes Sammelsurium von Fragen. Ich versuche einmal, das ein bisschen zu strukturieren. Im Beteiligungsausschuss können wir, was die Zahlen angeht, noch ein bisschen konkreter werden.

Wir werden auf jeden Fall versuchen, bei den Szenarien noch ein bisschen mehr Fleisch ans Gerippe zu bekommen; das kann ich Ihnen sicherlich zusagen.

Dann war die Frage, wie wir verhindern wollen, dass, wenn wir die Bank de facto in eine Kern- und eine Abbaubank spalten, Kunden unsere Bank verlassen. Das ist genau die Überlegung, warum wir die Kernbank nach vorne positionieren. Die Kernbank hat einen klaren Fokus auf die Region. Das ist da, wo die Bank ihre Produktexpertise gezeigt hat und wo wir tiefste Kundenbeziehungen haben, die sich auch darin widerspiegeln, dass wir nicht nur den Kredit als Ankerprodukt haben, sondern auch viele andere Produkte. Da werden unsere Top-Kundenbeziehungen also weiter bedient werden. Das ist auch der Bereich, in dem wir ein Neugeschäft planen.

Auf der Abbauseite müssen Sie zwei Arten von Geschäften unterscheiden. Beim Krediteratzgeschäft zum Beispiel haben wir keine Kundenbeziehung. Da können also auch keine Kunden weglaufen. Auch bei den Kreditportfolien, die wir auf Abbau gesetzt haben, haben wir eigentlich keine Kundenbeziehungen mehr, weil die Portfolien bereits heute in die Abwicklung gehen. Das sind keine schlechten Portfolien; aber da weiß der Kunde, dass wir hier nicht mehr weiterfinanzieren, sondern das einfach abwickeln.

Es gibt eine Ausnahme, nämlich - Herr Rieck hat das teilweise schon erwähnt - gewisse Geschäfte, die heute hochattraktiv für Dritte sind, und zwar nicht nur aufgrund des bestehenden Portfolios, sondern auch aufgrund der damit verbundenen Kundenbeziehungen. Deswegen wollen wir diese Portfolien de facto nicht selber abwickeln, sondern aktiv verkaufen. Ich denke, das ist erhellend, was Kernbank und Abbaubank angeht.

Die zweite Frage bezog sich auf die Szenarien. Das versuchen wir aufzubereiten. Aber ich hatte Ihnen eine Antwort schon gegeben, die ich hier öffentlich wiederholen kann: Wenn wir hier kontrolliert abwickeln würden, wäre im Kapitalkonzept im Vergleich zu dem, was wir für die Fortführung momentan vorschlagen, nur geringfügig weniger veranschlagt. Der Unterschied ist im Prinzip: Wenn Sie kontrolliert abwickeln, machen Sie kein Neugeschäft mehr; das heißt, Sie müssen das Neugeschäft nicht mehr kapitalisieren, weil Sie es nicht mehr tätigen.

Dann hatten Sie noch einmal nach der Risikovorsorge gefragt, 1,6 Milliarden € und zusätzliche Risiken von 2,5 Milliarden €, die vielleicht die Kernkapitalquote weiter drücken könnten. Um das noch einmal kurz aufzudröseln: Die Bank wird einen Jahresfehlbetrag unter IFRS von circa 2,8 Milliarden € ausweisen. Große Zahlen, die darin enthalten sind, sind 1,6 Milliarden € aus dem Krediteratzgeschäft - das wird auf Abbau gestellt - und 900 Millionen € aus Einmalwirkungen wie Lehman Brothers, Island usw.; das sind insgesamt 2,5 Milliarden €. Diese müssen Sie anders sehen, weil sie mit dem originären Kreditportfolio wie Shipping, Immobilien usw. nichts zu tun haben. Für die Risikovorsorge der Bank im klassischen Kreditbuch zum Vergleich folgende Zahlen: Im Jahr 2007 hat die Bank eine Risikovorsorge in diesem Kreditbereich von Null ausgewiesen, im Jahr 2008 wird sie 1,45 Milliarden € ausweisen. Das ist eine signifikante Größe, die insbesondere die Portfoliowertberichtigungen mit berücksichtigt. Jetzt können wir - das möchte ich allerdings nur in nichtöffentlicher Sitzung machen - natürlich darüber diskutieren, ob hier noch einmal - im nächsten Jahr haben wir wieder 1,6 Milliarden € Risikovorsorge provisorisch eingestellt, also das gleiche Niveau wie 2008 - 2,5 Milliarden € Risiken aus dem klassischen Kreditbuch hinzukommen könnten oder nicht. Aber dann müssen wir wirklich einmal die Einzelportfolien durchgehen, damit wir alle ge-

meinsam ein Gefühl entwickeln, was das nicht nur für die HSH, sondern auch für die Realwirtschaft bedeuten würde.

**Abg. Koch:** Wir haben im Laufe der Diskussion heute mehrfach den Wunsch vernommen, die Alternativen Insolvenz und kontrollierte Abwicklung zahlenmäßig zu unterfüttern, um den Entscheidungsträgern einen Vergleich mit der Alternative Fortführung zu erlauben. Ich kann diesen Wunsch durchaus nachvollziehen, da er natürlich für die politische Entscheidungsfindung hilfreich wäre. Gleichwohl habe ich den Eindruck, dass es sich um die Aufforderung an die HSH Nordbank handelt, die Glaskugel aus dem Schrank zu holen. Die HSH Nordbank soll uns - vor dem Hintergrund der jetzigen Marktlage - sagen, zu welchen Preisen sie ihre Vermögenswerte übermorgen verkaufen, veräußern kann, wenn wir morgen beschließen, abzuwickeln, in die Insolvenz zu gehen. Von daher will ich nur meine Zweifel zum Ausdruck bringen, dass wirklich der Anspruch erfüllt werden kann, hier messerscharfe Zahlen zu liefern.

Ich glaube, es geht hier vielmehr um eine Plausibilitätsbetrachtung, die man anstellen kann, die ich selber angestellt habe und zu der ich gerne Ihre Einschätzung hören würde, Herr Professor Nonnenmacher. Wenn wir einmal von einer runden Bilanzsumme von 200 Milliarden € ausgehen, heißt das, Sie haben 200 Milliarden € Vermögenswerte, also Kredite, Wertpapiere, Immobilien, Büro- und Geschäftsausstattung. Auf der anderen Seite haben Sie 200 Milliarden € Passiva, davon rund 10 Milliarden € Eigenkapital der Anteilseigner und 190 Milliarden € Verbindlichkeiten, Einlagen, Schuldverschreibungen etc., die Sie ausgegeben haben. Von diesen Verbindlichkeiten sind 65 Milliarden € mit Gewährträgerhaftung unterlegt. Ob nun die Gewährträgerhaftung zum Zuge kommt, hängt doch von der Einschätzung ab, zu welchen Preisen wir unsere vorhandenen Vermögenswerte im Falle einer Insolvenz, im Falle einer Abwicklung verkaufen können. In der jetzigen Marktlage - ich versuche das zu plausibilisieren - würde es uns vielleicht nicht gelingen, sie zum Bilanzwert zu veräußern, sondern man wird gewisse Abschläge in Kauf nehmen müssen; dann würde es vielleicht nur gelingen, sie zu 80 % des Bilanzwertes zu veräußern. Das heißt, dann würden 20 % von 200 Milliarden € fehlen; das wären 40 Milliarden €. Dann wäre doch die Konsequenz: Die 10 Milliarden € Eigenkapital sind verloren, und die Gewährträgerhaftung von 65 Milliarden € würde im Umfang von 30 Milliarden € zum Zuge kommen. Und wenn ich die Vermögenswerte nur zu 60 % des aktuellen Bilanzwertes veräußern könnte, wäre das Eigenkapital von 10 Milliarden € ebenfalls in voller Höhe verloren, und die Gewährträgerhaftung von 65 Milliarden € käme in vollem Umfang zum Tragen. Wir haben den Antworten entnehmen können, dass, wenn die Gewährträgerhaftung in vollem Umfang zum Tragen kommt, sich zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein das Verhältnis zwei Drittel Hamburg, ein Drittel

Schleswig-Holstein ergibt. Man kann, glaube ich, nicht davon ausgehen, dass die anderen Anteilseigner in der Gewährträgerhaftung eine Mitverantwortung übernehmen werden.

Im Endeffekt ist es dann doch ein einfaches Rechenbeispiel: Wenn die Gewährträgerhaftung mit 65 Milliarden € in vollem Umfang zum Tragen kommt, weil wir unsere Vermögenswerte aktuell nur zu 60 % des Bilanzwertes veräußern konnten, dann entfallen von der Gewährträgerhaftung 23 Milliarden € - ein Drittel - auf Schleswig-Holstein. Das ist doch im Grunde die Antwort auf Ihre Frage: Was kann im Falle einer Liquidation passieren? Dann kämen unter der Annahme, dass wir nur 60 % der Bilanzwerte Erlösen, 23 Milliarden € aus der Gewährträgerhaftung auf Schleswig-Holstein zu, und unser bisher investiertes Kapital wäre verloren.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Wir werden, wenn das bisher nicht gelungen ist, noch einmal versuchen, aufzuschreiben, was die Alternativen zum Fortführungsszenario strukturell bedeuten würden. Die Grundüberlegung, die Kollege Koch hier gerade dargelegt hat, trifft jedoch genau den Kern der Sache. Wenn wir heute eine kontrollierte Abwicklung oder eine Liquidation beschließen würden, würden zwei Dinge geschehen. Das Erste ist: Wir verlieren sofort den Wert der Bank, der auch Teil der Unternehmensbewertung ist, der mit den Kundenbeziehungen einhergeht; er wäre damit sofort vernichtet. Das Zweite ist: Wenn ich liquidiere, muss ich Unternehmenswerte von der Aktivseite verkaufen. Sie werden wahrscheinlich momentan keine größere Asset-Klasse sehen, wo Sie ein bestehendes Portfolio ohne Kundenbeziehung mit weniger Abschlägen als 25 bis 30 % verkaufen werden.

**Abg. Langner:** Ich habe eine Nachfrage zu dem Thema Risikovorsorge. Wenn ich das richtig verstanden habe, was Sie auf die Frage von Herrn Kayenburg gesagt haben: Halten Sie es in dem Fall, dass die strategischen Geschäftsfelder der Kernbank, wie Sie sie aufgestellt haben, mit dem moderaten Wachstum von 2 bis 3 %, das Sie eingeplant haben, nicht in der bescheidenen Größenordnung erfolgreich wären - es ist ja vorstellbar, dass Sie im Kerngeschäft keine Zugewinne bei den Kunden haben, sondern vielleicht sogar Verluste -, für wahrscheinlich, dass die Risikovorsorge von 1,6 Milliarden € nicht ausreichen könnte und zusätzliche Mittel in der Größenordnung von 2,5 Milliarden € in einer weiteren Risikovorsorge notwendig wären?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Man muss Folgendes sehen: Die Risikovorsorge wird in einem mehrstufigen Prozess ermittelt, der Teil des Gesamtplanungsprozesses ist. Das heißt, typischerweise machen Sie eine Mehrjahresplanung im zweiten Quartal eines Jahres, damit Sie wissen, wie sich die großen Finanz- und Risikozahlen über die nächsten Jahre entwickeln werden. Als Bestandsgröße nehmen Sie typischerweise entweder den 31. Dezember oder den 31. März. Dann schauen Sie sich an, wie sich pro Unternehmensbereich das Kreditvolumen

auf die einzelnen Rating-Kategorien, die sich nach Basel II in Ausfallwahrscheinlichkeiten übersetzen, verteilt und wie sich die Ausfallwahrscheinlichkeiten aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage über die Laufzeit und über die Jahre verändern werden.

Die zweite große Frage in dem Zusammenhang ist: Was glauben Sie, wie sich Asset-Preise entwickeln? Sprich: Welche Preise hat zum Beispiel ein Flugzeug oder ein Schiff im Falle einer Insolvenz? Sie fangen typischerweise Ende des dritten Quartals bzw. Anfang des vierten Quartals an, das für die Folgeperioden durchzurechnen. Das heißt, Sie betrachten zum Stichtag 30. September, wie sich das heute darstellt. Da hat sich natürlich gerade im letzten Jahr zwischen dem 1. Januar und dem 30. September signifikant viel getan. Im vierten Quartal, wo Sie schon mitten in der Jahresabschlussprüfung stecken, schauen Sie sich typischerweise jeden Einzelkredit, jedes Einzelengagement an, wo Sie ein Risikopotenzial und wo Sie einen potenziellen Abschreibungsbedarf sehen. Dann bringen Sie diese Sichten zusammen. Wir haben diese Sicht im Januar noch einmal upgedatet. So kommt unsere Perspektive auf die Risikovorsorge zustande.

Im Hinblick auf Risikovorsorge müssen Sie sich von der Vorstellung trennen, dass, wenn die Bank bilanztechnisch eine Risikovorsorge ausweist, damit automatisch Geld verloren ist. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Inwieweit aus dem, was eine Bank provisorisch als Risikovorsorge ausweist, wirklich ein Verlust wird, wird sich daran zeigen, wie die Beziehung zwischen Bank und Kunde durchgesteuert werden kann. Wenn wir - das ist ein Beispiel, das ich immer wieder anführe - eine Schiffsfinanzierung zu 70 % haben, die inklusive Tilgung nach zwölf Jahren nach unten getilgt worden ist, bei einem Schiff, das einen Lebenszyklus von 30 Jahren hat, dann haben wir ökonomisch gesehen überhaupt kein Problem, die Tilgung durch den Kunden über zwei Jahre zu strecken. Trotzdem muss ich bilanztechnisch eine Risikovorsorge gegen diesen Kunden buchen. Ob daraus jemals ein Verlust wird, ist bei diesem Beispiel mehr als fraglich. Das heißt, man muss unterscheiden: Was weist eine Bank stichtagsbezogen als Risikovorsorge aus, und was wird davon im Sinne eines Realverlustes wirklich eintreten?

Lösen Sie sich also bitte von den 2,5 Milliarden €. Sie waren die Antwort auf die Frage, was geschehen würde, wenn die Kernkapitalquote von über 9 % wieder auf 7 % fallen würde. Das können wir nachher gerne in der nichtöffentlichen Runde diskutieren. Ich habe ein Beispiel im Shipping-Bereich gebracht: Wenn Sie historisch gesehen 0,05 % Risikovorsorge über 20 Jahre haben und die Bank in den nächsten Jahren das 20-Fache davon einstellt, dann können Sie natürlich die Frage stellen, warum sie nicht das 40-Fache oder das 100-Fache einstellt. Darüber kann man diskutieren. Aber dann muss man die Portfolien durchgehen und

sich umgekehrt die Frage stellen: Wenn das passiert, was bedeutet das dann für die gesamte Weltwirtschaft? Das ist die Linie, die man in der Diskussion finden muss.

**Abg. Kayenburg:** Herr Dr. Nonnenmacher, wie hoch vermuten Sie den Firmenwert der HSH Nordbank, der entfallen würde, wenn es zu einer kontrollierten Abwicklung käme?

**Abg. Sauter:** Ich möchte auf die Eingangsfragen vom Kollegen Astrup und auch von mir zurückkommen, nämlich die Betrachtungsweise Planszenario, Stressszenarien unter dem Gesichtspunkt kontrollierte Abwicklung und Fortführung, und zwar im Hinblick auf die Statements, die in der Zwischenzeit hier geäußert worden sind. Sie haben vorhin gesagt, eine kontrollierte Abwicklung würde als Eigentümerbeitrag 2 plus 10 Milliarden € erforderlich machen, eine Fortführung 3 plus 10 Milliarden €. Wenn man das so im Raume stehen lässt, könnte man auf die Idee kommen, dass 2 plus 10 günstiger ist als 3 plus 10. Dass dies nicht der Fall ist, weil bei 2 plus 10 Eigenkapitalvernichtung im Preis enthalten ist, müsste für die Fraktion dargestellt werden. Vielleicht ist das alles viel einfacher, als es die Diskussion insgesamt deutlich macht.

Das zeigt - auch wenn der Kollege Koch recht hat mit der Kristallkugel - ein Extremszenario, das man durchaus mit einbeziehen muss. Das ist sozusagen das Schlussverkaufsszenario, bei dem man bedenken muss: Was passiert, wenn ab jetzt nur noch abgewickelt wird, wenn man das Ganze unter Zeitdruck macht und wenn dann über die Kapitalvernichtung hinaus durch die Gewährträgerhaftung noch zusätzliche Risiken auf die Eigentümer zukommen? Diese Bandbreite gegeneinandergestellt ist aus Sicht meiner Fraktion eine der wesentlichen Fragen, die beantwortet werden müssen. So habe ich auch die Frage der anderen Regierungsfractionen verstanden.

**Abg. Kalinka:** Ich will meine Frage einfach und positiv stellen: Wie viel sind die 65 Milliarden € Gewährträgerhaftung derzeit aus Ihrer Sicht wert? Sie belaufen sich 2014 noch auf 20,3 Milliarden €, dann wird es weniger. Wie viel sind sie aus Ihrer heutigen Sicht real wert?

**Abg. Stritzl:** Stichwort Risikovorsorge. Herr Rieck, ich hatte Sie vorhin so verstanden, dass die Entwicklung bis 2013, 2014 nachläuft und es bis dahin keine wesentliche Neubautätigkeit gibt. Ich bin ein bisschen hellhörig geworden, als Sie gesagt haben: Zwischendurch kommen ein paar Kunden, da generieren wir ein Neugeschäft, weil die Kunden veränderte Vertragsbedingungen wollen und wir dann von denen mehr Geld verlangen. - Ein Kunde, der zu Ihnen kommt, weil er in Not ist, muss also im Ergebnis mehr bezahlen, damit Sie ihm ein Stück mehr Luft geben. So habe ich das verstanden. Meine Frage: Finanzieren Sie das?

Vor dem Hintergrund die Frage: Gibt es faktisch zu 100 % finanzierte Schiffe? Wenn Sie sagen, dass Sie bis 2013 mit dem Erliegen des Neubaus rechnen und allenfalls mit einem Verkauf von Flotten, aber im „circling down“, das heißt zu geringeren Raten und Werten, möchte ich wissen: Wer ist eingepreist?

Herr Dr. Nonnenmacher, Sie haben zum Thema Risikoversorge gesagt, dass es in 2007 keine CIPs gab, null; jetzt sind es 1,6 Milliarden €. Das ist ja enorm. Für mich schließen sich daran einige Fragen an. Erstens: Ist das eine Art Benchmarking? Sie machen es eigentlich wie die anderen Geldhäuser. Bei dieser Größenordnung und der Systematik wäre es durchaus interessant, zu erfahren, ob es da irgendwelche atypischen Abweichungen gibt. Damit bekämen wir für unsere Entscheidung eine zusätzliche Sicherheit.

Stichwort „Spiegel“-Artikel.

(Zuruf: Ist das eine Nachfrage?)

- Ja, zur Risikoversorge. Das ist ein Risikomanagement.

**Vorsitzender:** Aber ich glaube, das gehört nicht zu dem Komplex, den wir gerade beraten. Ich bin ein bisschen in Sorge, dass wir jetzt unstrukturiert diskutieren.

**Abg. Stritzl:** Unstrukturiert?

**Vorsitzender:** Ja, weil Sie sehr unterschiedliche Sektoren ansprechen. Damit übersehen wir die Wortmeldungen in der Reihenfolge, wie sie ordnungsgemäß bei mir eingegangen sind, Herr Kollege Stritzl.

**Abg. Kubicki:** Ich versuche nach dem Beitrag des Kollegen Koch als unterbelichteter Volkswirt und Jurist nachzuvollziehen, wie Banker denken. Deshalb habe ich die Plausibilitätsfrage, Herr Professor Nonnenmacher und vielleicht Herr Wiegand, warum um alles in der Welt die Abbaubank, die ja die „schlechten Portfolien“ oder jedenfalls Portfolien, mit denen Sie nichts mehr zu tun haben wollen, abwickeln soll, also die halbe Bank, ohne Verluste aus dem Geschäft herauskommen soll, die ganze Bank jedoch, wenn sie abgewickelt würde, wo doch in der Kernbank die guten Kunden und die guten Assets sind, mit Verlusten. Dass Sie Kundenbeziehungen nicht aktivieren, versteht sich von selbst. Es geht um die Frage: Warum soll bei der Abbaubank kein Verlust entstehen und bei der Abwicklung der gesamten Bank ein Verlust?

Sie werfen Insolvenz und Abwicklung häufig durcheinander; aber das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Insolvenz bedeutet, Sie sind morgen nicht mehr vorhanden. Ein Insolvenzverwalter hat zunächst die Aufgabe, die Bank fortzuführen und zu schauen, was man machen kann. Er macht dann das Kernbankmodell vielleicht anders, besser oder auch gar nicht und versucht, die Assets möglichst ordentlich zu verwerten. Das ist nach dem Insolvenzrecht so vorgeschrieben. Die Abwicklung würde bedeuten, Sie machen aus der halben Abbaubank eine ganze Abbaubank, unter Weiterführung der Beschäftigung, wobei da das Problem auftritt, dass möglicherweise die guten Leute weggehen, weil sie keine Perspektive mehr sehen. Aber die Frage ist tatsächlich: Warum soll, wenn Sie den guten Teil mit abwickeln, das Ergebnis schlechter werden?

Die nächste Frage. Wir haben es nicht - das müssten Sie eigentlich wissen - mit einer normalen Konjunkturkrise zu tun, sondern mit einer Weltwirtschaftskrise, von der mittlerweile internationale Organisationen sagen, dass sie von der Tiefe her die Dramatik des Jahres 1929 erreicht, und viele Ökonomen sagen Ihnen, dass wir keinen Konjunkturverlauf in Form eines V haben wie früher, sondern wahrscheinlich in Form eines L. Das kann dazu führen - dazu möchte ich auch die Wirtschaftsprüfer befragen -, dass der Risikovorsorgebedarf drastisch steigt. Bei anderen Banken und anderen Wirtschaftsprüfern höre ich, dass man eine Pauschalwertberichtigung in der Größenordnung von 5 % auf bestimmte Risikoportfolien vornehmen muss. Deshalb ist meine Frage: Was passiert, wenn im Jahre 2010 aufgrund der Entwicklung des Jahres 2009 der Wirtschaftsprüfer Ihnen reinschreibt, wir machen das nicht mehr mit 1 % wie von Ihnen vorgesehen, sondern, weil die Entwicklung anders verlaufen ist, nämlich dramatischer als noch im Februar des Jahres 2008 erwartet, mit 2 oder 3 %? Wird dann im Sinne einer weiteren Fortführung der zwingende Wunsch an uns herangetragen - damit müssen wir uns ja auch beschäftigen -, eine weitere Kapitalerhöhung vorzunehmen?

**Abg. Sauter:** Wenn Sie die Frage des Kollegen Kubicki beantworten, dann beantworten Sie bitte auch die Frage, ob es bei einem solchen Szenario für die Eigentümer einen Unterschied machen würde, ob wir in einem kontrollierten Abbau der Gesamtbank sind oder in einer Fortführungsbank.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Die erste Frage war, ob wir wissen, wie hoch der Firmenwert ist. Daran wird gerade gearbeitet. Das ist genau das Gutachten zur Aktienbewertung. Da ist letztendlich die Frage: Was ist die Kundenverbindung wert? Wie verhält sich der Firmenwert zum Buchwert? Es gibt verschiedene Verfahren, wie man den Firmenwert ermitteln kann. Viele Banken handeln heutzutage unter Buchwert - das hat aber nichts mit dem Wert der Kundenbeziehungen zu tun -, oder sie arbeiten mit dem Ertragswertverfahren. Beide Verfahren werden momentan von der PwC analysiert.

Ich möchte ein Beispiel nennen, das vielleicht ein Gefühl dafür vermitteln kann. Bei den Produkten, die wir zum Beispiel in unseren Kundenbereichen zur Verfügung stellen - wie Währungsabsicherungsprodukte, Zinsabsicherungsprodukte usw. -, haben wir einen Ertrag von circa 220 Millionen €, der überhaupt nicht kapitalbelastend ist. Das können Sie als Wert einer Kundenbeziehung bezeichnen und davon ausgehen, dass das 10 % des Firmenwerts ausmacht. Das haben Sie sofort verloren, wenn die Kundenbeziehung weg ist.

Die zweite Frage bezog sich auf die 25 Milliarden € Gewährträgerhaftung. Wenn Sie das mark to market bewerten, dann verhält sich das im Wesentlichen so wie Anleihen, die heute von Hamburg und Schleswig-Holstein hier emittiert sind. Das heißt, man müsste, je nach Laufzeit, schauen, was für einen Spread die Länder bei der Refinanzierung momentan bezahlen müssen. Dann kommen Sie auf die entsprechenden Werte.

**Abg. Kalinka:** Herr Professor Nonnenmacher, wie ist das derzeit in Ihrer Bewertung? Das war die Frage. Sie sollten keine abstrakte Antwort geben.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Das ist bei uns auf der Passivseite eine Verbindlichkeit, die zu 100 im Buch steht.

**Abg. Kubicki:** Die Frage war: Wie schätzen Sie den Wert auf der Aktivseite?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Das kann man nicht zuordnen. Die Bank refinanziert sich ja on going.

**Abg. Kubicki:** Das war aber seine Frage.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Dann habe ich die Frage nicht richtig verstanden. Ich habe die Frage verstanden: Was wären die Sachen heute wert im Sinne einer Mark-to-market-Bewertung? Dann müssten Sie das so sehen wie Anleihen, deren Wert heute garantiert ist. In der Bilanz steht das quasi als feste Verbindlichkeit zu 100 drin. Auf der Aktivseite können Sie das nicht zuordnen, weil die Bank sich fortlaufend refinanziert und das Geld in unterschiedliche Portfolien investiert. Das können Sie also in dem Sinne nicht nachvollziehen.

Was das Credit Investment Portfolio angeht, bin ich mir nicht ganz sicher, ob ich die Frage richtig verstanden habe. Da war am Anfang von Null in 2007 die Rede. Beim Credit Investment Portfolio haben wir im Jahr 2007 Abschreibungen in Höhe von 1,3 Milliarden € getätigt. Im Jahr 2008 werden wir Abschreibungen in Höhe von 1,6 Milliarden € darstellen.

**Abg. Stritzl:** Ich hatte das so verstanden, Herr Professor Dr. Nonnenmacher - das mag ein Fehlverständnis sein -, dass für 2007 keine Vorsorge getroffen worden ist.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Genau. Da muss man unterscheiden: Die Aussage, dass wir eine Null hatten, bezieht sich auf die Kreditrisikovorsorge, also das reine Kreditbuch.

**Finanzminister Wiegard:** Da es die ganze Zeit um Unternehmensbewertung ging und es viele Unklarheiten gab, würde ich bitten, dass Herr Eckes von PwC, der in unserem Auftrag die Unternehmensbewertung und die Begleitung der übrigen Abschlussberatungen vornimmt, einmal darstellt, worum es hier konkret geht. Ich denke, das hellt das eine oder andere auf.

**Herr Eckes:** Ein Komplex, den wir im Auftrag der Bank bearbeiten, ist die Unternehmensbewertung. Das heißt, die Bank macht eine Planungsrechnung für die nächsten Jahre, die damit endet, dass eine nachhaltige Periode mit einer nachhaltigen Ergebnisplanung festgesetzt werden muss. Es gibt klare Vorgaben vom Institut der Wirtschaftsprüfer, wie eine solche Unternehmensbewertung durchzuführen ist. Das ist das Verfahren S1, wonach letztendlich die Überschüsse zu einem Barwert abgezinst werden. Daraus ergibt sich ein entsprechender Unternehmenswert. Wir sind noch mittendrin; deswegen kann ich noch keine Zahlen nennen und nicht sagen, was dabei herauskommt. Das Ganze läuft in enger Abstimmung mit der Bank. Wir werden aber in Kürze fertig sein. Das Ganze wird als Ergebnis eine Bandbreite haben, die die Basis sein wird für die Verhandlungen, die über die Festlegung des Aktienkurses noch geführt werden.

Die zweite Thematik ist, dass wir im Auftrag von Hamburg und Schleswig-Holstein die Risikovorsorgeplanung, die die HSH jetzt vorgenommen hat, nachvollziehen. Wir fokussieren uns hierbei auf die Ausfallrisiken, insbesondere des Portfolios und natürlich auch des originären Kreditgeschäfts. Die Bank - das ist wichtig, und das hat Herr Nonnenmacher auch schon mehrfach gesagt - ist dabei nicht pauschal vorgegangen, sondern sie hat eine Risikoinventur durchgeführt, das heißt, sie hat die einzelnen Engagements angefasst, beispielsweise den Shipping-Bereich, auf dieser Basis eine Einzelrisikovorsorge vorgenommen und das sauber dokumentiert. Das vollziehen wir gerade nach. Darüber hinaus hat sie Plausibilitätsrechnungen gemacht, top-down und bottom-up, also in beide Richtungen. Beide Rechnungen treffen ungefähr das Volumen, das hier eingestellt ist.

Der nächste Punkt war die Basisplanung. Das können wir alles nachvollziehen. Dann kommt der Schritt des Stressszenarios. Vereinfacht gesagt, hat man die vorgenommenen Risikovorsorgezahlen verdoppelt, die man im Base Case hat. Wir haben dies auch nachvollziehen können. Wir haben es abgeglichen mit dem - das war vorhin indirekt eine Frage -, was andere

Banken für die Jahre 2009 und 2010 planen, und festgestellt, dass diese ähnlich vorgehen. Man bewegt sich also bei dem Stressszenario im Rahmen dessen, was auch andere machen. Man kann darüber diskutieren, das Drei- oder Vierfache zu machen; aber das würde bedeuten, in die Glaskugel zu schauen. Man muss versuchen, eine realistische Stressplanung zu machen. Das Ergebnis, zu dem wir gelangen werden - wir sind ja nahezu fertig -, wird sein, dass wir sagen: Wir können das nachvollziehen; es ist sauber dokumentiert und passt, im Vergleich zu dem, was andere machen, in die Benchmark rein. Die Planung ist also aus heutiger Sicht als realistisch anzusehen, auch was die Stresseinschätzung anbelangt.

**Finanzminister Wiegard:** Wir haben Ihnen ja zugesagt, dass wir im Beteiligungsausschuss insbesondere die Vergleiche mit konkreteren Zahlen vertiefen werden. Ich habe aus der Diskussion mitgenommen, dass es einen ergänzenden Bedarf auch für die Beratung außerhalb des Beteiligungsausschusses hinsichtlich der Frage gibt, wie auf die Eigentümer das eine oder andere Szenario in bestimmten Situationen wirkt. Ich sage einmal, an welcher Frage mir das klar geworden ist. Man muss ja auch sehen, mit wie viel Material und Daten man in diese Diskussion hineingeht. Herr Nonnenmacher hat dargestellt, dass wir bei der reinen Abwicklungsbank den Kapitalbedarf mit 10 plus 2 Milliarden € absichern müssen; das heißt, die Garantie bleibt in der gleichen Größenordnung wie bei der Fortführung des Modells, lediglich die Eigenkapitalzufuhr wird geringer, weil bestimmte Bestandteile, aus denen sich die Summe des erforderlichen Kapitals zusammensetzt, nicht mehr benötigt werden, weil man beispielsweise kein Neugeschäft mehr macht. Der bedeutende Unterschied ist, dass bei dem Modell 10 plus 2 das Eigenkapital im Prinzip am Ende nicht mehr da ist, während wir beim Modell 10 plus 3, Fortführung, davon ausgehen, dass wir das gesamte Kapital über die Runden bekommen und am Ende die neuerworbenen Aktien mindestens zu dem Wert wieder veräußern können, zu dem wir sie jetzt erwirtschaften. Ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir diese Problematik noch einmal schriftlich vertiefend darstellen für die verschiedenen Szenarien und die beiden Varianten, sodass die Wirkung auf die Länder deutlich wird. So werden wir das auch nachher noch einmal miteinander erörtern, um abzuwägen, wo die Grenze dessen ist, was wir aus Wettbewerbs- und anderen Gründen an Zahlen publizieren können.

**Abg. Hentschel:** Ich habe mehrere Fragen, die ich gerne einzeln stellen würde, wenn das möglich ist, damit es zu einer kurzen Beantwortung kommt.

Eine Vorbemerkung zu dem, was Herr Wiegard eben sagte, welche Unterlagen der Landtag haben soll. Der Landtag soll zustimmen, dass die Bank zusätzliches Kapital in Höhe von 3 Milliarden € bekommt. Das ist, glaube ich, die größte Einzeltransaktion, die dieser Landtag je vorgenommen hat. Ich denke, dass der Landtag in dieser Situation einen Anspruch darauf hat, die Originalunterlagen zu bekommen: die Bewertung der KPMG, die Bewertung von

Pricewaterhouse, die Bewertung von Morgan Stanley, die 70 Antworten auf die BaFin und ähnliche Papiere, die hier genannt worden sind. Das wäre mein Anspruch in Bezug auf das, was vorgelegt wird, natürlich im Beteiligungsausschuss, nicht öffentlich.

Dann komme ich zu meinen Fragen. Meine erste Frage betrifft den sogenannten Liquidationsfall. Der Liquidationsfall ist von Ihnen folgendermaßen geschildert worden: Es gibt vom Land keine Kapitalerhöhung in Höhe von 3 Milliarden €, und die BaFin muss übernehmen. Wenn ich das aber richtig sehe, handelt es sich bei der HSH Nordbank um eine systemische Bank, die gar nicht pleitegehen darf. Das heißt, in dem Fall, dass die BaFin sie übernimmt, gibt es gar keine Liquidation, sondern die BaFin muss dann ein Szenario installieren, um die Bank weiter im Geschäft zu halten, damit nicht eine Kettenreaktion ausgelöst wird. Es wäre also logisch, dass die BaFin entsprechend reagieren muss. Sehe ich das richtig?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Warum sollte die BaFin das tun? Wenn die BaFin ein Moratorium über die Bank verhängt, dann würde die BaFin die Bank abwickeln. Abwicklung bedeutet letztendlich, dass versucht wird, die vorhandenen Vermögenswerte schnellstmöglich zu verkaufen, um die Bank abwickeln zu können.

Neben der Kapitalfrage stehen Sie sofort vor einem zweiten Problem, das Sie nicht vergessen dürfen: Was ist mit der Refinanzierung der Bank? In dem Moment, wo die BaFin ihr Moratorium verhängt, wird die Bank kein einziges Kundengeld mehr haben. Wer refinanziert die Bank?

**Abg. Hentschel:** Nachfrage dazu: Ist es nicht, wenn es sich um eine systemische Bank handelt und die BaFin die Bank übernimmt - das ist ja ähnlich wie im Konkursfall; Konkurs bedeutet ja auch nicht, dass eine Firma eingestellt wird, sondern der Zweck eines Konkurses ist in der Regel, die Firma zu retten, zu sanieren und weiter produzieren zu lassen; wenn Opel in Konkurs geht, dann zu dem Zweck, dass nicht anschließend General Motors das Geld herauszieht, sondern dass die Produktion weiterläuft und auf neue Füße gestellt wird -, sehr wahrscheinlich, dass die Bank dann genauso operieren muss und die BaFin alles daransetzen muss, dass Bankgeschäft produktiv weiterlaufen zu lassen und die Bank im Geschäft zu halten?

**Vorsitzender:** Kollege Hentschel, wir wollen uns ja nicht im Bereich der Kristallkugel bewegen. Deswegen haben wir zum nächsten Donnerstag Herrn Sanio von der BaFin eingeladen. Merken Sie sich Ihre Frage; ich denke, er sollte sie beantworten. Das ist wesentlich authentischer, als wenn wir die Antwort hier aus zweiter oder dritter Hand bekommen.

**Finanzminister Wiegard:** Ich könnte die Frage ergänzen, Herr Vorsitzender: Woher nimmt Herr Sanio dann das Eigenkapital, um es der Bank zu geben, damit sie die notwendige Absicherung durchführen kann?

**Vorsitzender:** Dafür haben wir Herrn Sanio eingeladen, und er hat zugesagt.

**Abg. Hentschel:** Meine nächste Frage betrifft den Fall der kontrollierten Abwicklung. Sie haben gesagt, um das Neugeschäft zu finanzieren, müsse 1 Milliarde € mehr ausgegeben werden und man würde keine Dividenden bekommen; außerdem würde es kein regionales Geschäft mehr geben. Ist es nicht wahrscheinlich, dass im Fall einer kontrollierten Abwicklung das regionale Geschäft ausgesondert wird und somit überlebt und wir dann, in welcher Form auch immer, weiter operieren können? Bezüglich der Dividenden frage ich mich, ob wir über Dividenden die 1 Milliarde €, die wir zusätzlich hineingeben, auch wieder herausbekommen. Ich habe mir einmal die Kleine Anfrage des Kollegen Kubicki auf Drucksache 16/2463 angesehen, in der zusammengestellt worden ist, was das Land in den letzten sechs Jahren bekommen hat. Das sind fast 173 Millionen €. Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Nonnenmacher, dass wir diese 1 Milliarde € jemals über Dividendenwiederbekommen.

**Finanzminister Wiegard:** Ich glaube, in der Drucksache, die Sie zitieren, Herr Kollege Hentschel, sind weitergehende Zahlen enthalten. Ich empfehle immer, das Zahlenwerk komplett zu zitieren. Denn die Leistungen der Bank an die Eigentümer bestanden nicht nur aus Dividendenzahlungen, sondern darüber hinaus aus ähnlichen Vergütungen, nämlich Vergütungen für stille Beteiligungen, die eigenkapitalähnlichen Charakter haben, sowie Entzüge aus der Bank, die man auch in der Bank hätte belassen können. Das summiert sich auf insgesamt über 500 Millionen € in der Zeit, seit die Bank gegründet wurde.

**Abg. Hentschel:** Die Zahlen, die ich genannt habe für die letzten sechs Jahre, sind schon die Summe der Aktivitäten, die Sie genannt haben.

Nächste Frage. In dem „Spiegel“-Artikel wird erwähnt, dass die Bank ein Instrument für Risikovorsorge aufgebaut hat, das den Namen ACPM trägt, dass dieses System als Frühwarnsystem konzipiert war und 2005 wieder abgeschafft worden ist. Ist das richtig und, wenn ja, warum?

**Herr Rieck:** Herr Hentschel, wir haben 2003 die beiden Banken fusioniert und 2004/2005 an einer - nicht nur strategischen - Neuorientierung gearbeitet und die Bank auf einen möglichen Börsengang, auf die IFRS-Umstellung und auf Basel II vorbereitet. Der Kunstname ACPM war eines der vielen Projekte, die damals initiiert wurden. Dieses Projekt beruhte auf einer

Idee unseres damaligen Kapitalmarktvorstandes. Sie müssen sich das so vorstellen: Alle Forderungen, die die Bank hat, kommen in einen großen Topf, der dann von einem Portfoliomanager bewirtschaftet wird. Er verkauft daraus und kauft hinzu, um einen optimalen Portfoliomix hinzubekommen. Dieses Projekt ist in einem relativ großen Rahmen in der Bank sechs Monate untersucht worden und dann im Gesamtvorstand vorgestellt worden. Wir haben uns aus verschiedenen Gründen dafür entschieden, dieses Projekt nicht zu verfolgen. Erstens haben wir in der Priorisierung unserer Projekte einen ganz klaren Akzent darauf gelegt, zunächst einmal die gesetzlichen Anforderungen - also die Umstellung auf IFRS, die Umsetzung von Basel II - zu erfüllen. Diese Projekte haben sehr viel Geld gekostet und andere Projekte in der Priorität nach hinten verdrängt. Der zweite Grund war, dass dieses System kein Risikosteuerungssystem war, sondern ein System, mit dem der Kapitalmarktbereich Geschäfte machen wollte, indem er Forderungen verkaufte und andere kaufen wollte. Die Portfolioüberwachung ist eine wichtige Geschichte. Sie ist aber besser zu organisieren, wenn man die verschiedenen, sehr unterschiedlichen Portfolien der Bank in dezentrale Systeme einstellt. Das ist dann auch geschehen mit einem Bruchteil des Aufwandes. Unser Group Risk Management - Herr van Gemmeren sitzt neben mir - ist so in der Lage, die verschiedenen Töpfe unter verschiedenen Risikoaspekten auszuwerten, was auch regelmäßig geschehen ist. Das ist der Hintergrund dieses Projektes.

**Abg. Hentschel:** Meine nächste Frage betrifft das Timing; Frau Heinold hat es schon angesprochen. Wenn man über eine Kapitalerhöhung redet und der Landtag entscheiden soll, ob Geld hineingegeben wird oder nicht, und gleichzeitig ein Bewertungsverfahren läuft, um den existierenden Wert der Bank zu ermitteln, ist es dann nicht taktisch unklug, erst die Kapitalerhöhung zu beschließen, um dann hinterher die Bewertung vorzunehmen, möglicherweise vor dem Hintergrund, dass der Wert dadurch sogar steigt? Ist es nicht viel klüger, die Sache zunächst im Ungewissen zu halten und die Zustimmung des Landtages erst einzuholen, wenn klar ist, wie die Wertschätzung ist und zu wie viel Prozent die Anteile von Flowers und der Sparkassen eingehen? Ich denke an die Hypo Real Estate, die nur noch bei 2 € oder so ähnlich pro Aktie liegt. Wenn man die retten würde, würde der Wert der Aktie wahrscheinlich erst einmal wieder steigen. Insofern ist es vielleicht taktisch unklug, erst die Rettungsaktion durch den Landtag zu beschließen und anschließend den Wert zu ermitteln. Wie sehen Sie das?

**Finanzminister Wiegard:** Ich empfehle, dass die Vertreter von PwC die Vorgehensweise und die Systematik der Bewertung darstellen, um etwas Klarheit in die Aussagen zu bekommen.

**Abg. Spoorendonk:** Ich will nicht verhehlen, dass ich ein bisschen gefrustet bin, weil ich mich schon ganz lange gemeldet habe, aber wie dem auch sei. Noch einmal zu dem letzten

Punkt. Vorgesehen ist, dass der Staatsvertrag in erster und zweiter Lesung im März beschlossen werden soll. Gleichzeitig steht fest, dass wir erst im April eine testierte Bilanz bekommen. Dazu steht noch die Frage des Kollegen Hentschel im Raum. Darum hätte auch ich gerne von der Bank eine belastbare Einschätzung, was geschehen würde, wenn wir erst im April beschließen. Es wäre schon hilfreich, das zu erfahren. Da möchte ich jetzt keine vage Antwort bekommen, sondern eine belastbare Einschätzung.

Meine zweite Frage ist ebenfalls eine Nachfrage zu dem, was der Kollege Hentschel gefragt hat. Der Begriff „systemisch relevante Bank“ hat in der öffentlichen Berichterstattung keine unwichtige Rolle gespielt. Jetzt stellt sich heraus, dass es sich anscheinend nur um weiße Salbe gehandelt hat. Ich würde also gerne wissen, inwiefern dieser Begriff in die Stressszenarien mit eingeflossen ist. Dieselbe Frage werde ich nächste Woche auch an den SoFFin stellen.

**Herr Eckes:** Wichtig ist, dass man hier zwei Dinge auseinanderhält. Das eine ist der Kapitalbedarf: Was braucht die Bank jetzt an zusätzlichem Eigenkapital, um ihre Planungsrechnung erfüllen zu können, aber auch Auflagen des SoFFin und natürlich die Vorgaben der BaFin? Darauf wird Ihnen sicherlich in der nächsten Woche Herr Sanio sehr dezidiert antworten. Das ist das Thema 10 plus 3 Milliarden €. Das braucht die Bank.

Davon losgelöst ist die Frage zu sehen: Wie viel Aktien bekommt man letztlich für diese 3 Milliarden €? Das hängt natürlich von dem Wert pro Aktie ab - ich will jetzt ganz bewusst keine Zahlen nennen -, und dann wird das entsprechend aufgeteilt. Aber das hat nichts mit dem Thema zu tun, ob die Bank Geld braucht oder nicht. Das heißt, der Beschluss über eine Kapitalerhöhung von 3 Milliarden € ist zu treffen, um die ganzen Auflagen zu erfüllen, die eben schon genannt worden sind; die Verteilung und Zuordnung zu dem, was auf die jeweiligen Anteilseigner entfällt, ist eine Frage, die durchaus danach beantwortet werden kann. Das ändert aber nichts an der Höhe des Kapitalbedarfs. Deshalb sehe ich es als sachgerecht an, dass man diese Fragen voneinander trennt.

**Abg. Hentschel:** Hängt der fiktive Börsenwert einer Aktie, der fest ermittelt werden soll, nicht auch davon ab, ob es eine feste Zusage zu einer Kapitalerhöhung gibt oder nicht? Ich habe gelernt, dass Aktienwerte, auch fiktive Aktienwerte, unter anderem mit Psychologie zu tun haben.

**Herr Martens:** Herr Hentschel, wir reden hier über die Kapitalisierung in Bezug auf die Ermittlung des Ertragswertes der Bank. Wenn wir eine solche Bewertung im Sinne des S1 vornehmen, dann geht es nicht darum, einen fiktiven Börsenwert als solchen zu ermitteln, sondern es geht darum, eine Bandbreite zu ermitteln, innerhalb derer sich die Verhandlungen

zwischen den Anteilseignern in Bezug auf den Wert der einzelnen Aktie bewegen können. Insofern kann man natürlich im ersten Moment denken, dass die Kapitalisierung ein maßgebliches Faktum ist, um den Wert der Aktie zu ermitteln. Das ist aber nicht der Fall. Im Rahmen der indikativen Ertragswertermittlung, die wir hier gerade durchführen, geht es nur darum, die Ertragspotenziale der Bank - das ist gerade schon zum Ausdruck gekommen - auf einen Zeitpunkt jetzt abzuzinsen, und zwar unabhängig davon, wie die Kapitalisierung der Bank dargestellt wird.

**Abg. Hentschel:** Ich habe eine Nachfrage an Herrn Martens. Ich hatte Herrn Nonnenmacher so verstanden, dass die Bewertung nicht nur nach der Ertragswertmethode stattfindet, sondern nach verschiedenen Methoden, und daraus ein Mix oder eine Zusammenstellung erstellt wird.

**Herr Martens:** Die Bewertung, die wir derzeit durchführen, Herr Hentschel, ist eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren.

**Abg. Hentschel:** Aber für Herrn Nonnenmacher spielen am Ende bei der Entscheidung mehrere Bewertungen eine Rolle.

**Herr Martens:** Ich habe es schon gesagt: Die Bewertung, die wir derzeit durchführen, ist eine Bewertung rein nach dem Ertragswertverfahren im Sinne des S1.

**Finanzminister Wiegard:** Ich habe die Bitte, dass Herr Lederer von Morgan Stanley zu dem Thema Bewertung und im Zusammenhang mit dem, was Herr Kubicki in den Raum geworfen hat, antwortet.

**Herr Lederer:** Vielleicht ganz kurz zu den verschiedenen Bewertungsmethoden, die man grundsätzlich anwenden kann. Die Bewertungsmethode, die Wirtschaftsprüfer anwenden und die sich in einem sehr engen Vorgabenkorsett bewegt, ist die nach IDW-S1, die Herr Martens und Herr Eckes gerade dargelegt haben, eine Ertragswertmethode. Sie haben grundsätzlich weitere Methoden, die wir eher marktbasiertere Methoden nennen würden: Man nimmt zum Beispiel die börsennotierte Commerzbank und schaut sich an, mit welchem Multiplikator deren Aktie derzeit bewertet wird. Das kann man dann, wenn man möchte, in die implizierte Bewertung der HSH Nordbank übersetzen. Das ist aber keine offiziell anerkannte Methode von Wirtschaftsprüfern. Deswegen deckt PwC das in ihrem Bewertungsauftrag nicht mit ab.

Ich denke, bei den Diskussionen zwischen den Anteilseignern wird durchaus die Bewertung durch einen Wirtschaftsprüfer in Betracht gezogen werden. Es wird aber zu erwarten sein, dass jeder auch seine eigene Rechnung macht und dabei andere Annahmen unterstellt. Das ist

sicherlich der Diskurs, den man führen wird und in dem man sich am Ende einigen wird. Ich würde aber die Bandbreite von PwC in dem Ertragswertverfahren schon als sehr wichtige Referenzbewertung ansehen.

Kurz zu der Bewertung, wie die Kapitalerhöhung in die Bewertung einfließt. Bei der Feststellung eines Unternehmenswertes gibt es eine - entschuldigen Sie die Anglizismen - Pre-Money- und eine Post-Money-Bewertung. Bei der Post-Money-Bewertung wird unterstellt, dass Kapital geflossen ist. Das heißt für eine Bewertung per heute, dass im Hinblick auf den Wert, zu dem eine Kapitalerhöhung erfolgen muss, die Kapitalerhöhung logischerweise abgezogen werden muss. Ich kann ja nicht unter der Annahme investieren, dass schon investiert wurde. Insofern ist bei der Bewertungsdiskussion auch das sicherlich Bestandteil der Argumentation.

**Finanzminister Wiegard:** Die Frage von Frau Spoorendonk hatte ich bereits in der letzten Sitzung beantwortet. Wir werden dem Ausschuss rechtzeitig zur Beratung eine Art zusammenfassende Bewertung durch KPMG vorlegen, damit nicht - das war ja der Gegenstand der Diskussion - eine Entscheidung getroffen werden muss ohne Kenntnis dessen, was 14 Tage später in dem formal vorzulegenden Prüfungsbericht möglicherweise enthalten sein wird.

**Abg. Heinold:** Direkt dazu: Seit drei Stunden erzählt uns Herr Nonnenmacher, dass diese Bank, wenn wir beispielsweise liquidieren, einen erheblichen Wertverlust erleidet. Das heißt, würde jetzt kein Kapital und keine Garantieabsicherung gegeben, würde der Wert der Bank dramatisch sinken. Deshalb meinen wir, es kann doch nicht sein, dass zwei von vier Anteilseignern eine Bank stabilisieren und diese anschließend im Wert so stabilisiert ist, dass die anderen beiden Anteilseigner sagen: Jetzt ist mein Kuchen aber mehr wert. Insofern muss es doch einen Unterschied geben - sonst macht ja die ganze vorherige Diskussion keinen Sinn -, wie eine Bank dasteht, vor einer Kapitalisierung und danach, unter der Berücksichtigung, dass es vielleicht gar keine Kapitalisierung gibt.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Man muss zwei Dinge unterscheiden: Die 3 Milliarden € Kapitalisierung sind das eine; das ist die erste Entscheidung. Jetzt wird über den Aktienpreis diskutiert. Wenn zwei nicht mitzeichnen, bedeutet das, dass die Anteile der anderen viel höher sind. Das heißt, das Kapital bleibt sozusagen bei den anderen.

Wir werden jetzt versuchen, die drei unterschiedlichen Szenarien strukturell aufzuarbeiten, damit verstanden wird, über welche Themenkomplexe man miteinander sprechen muss und wie unterschiedlich sich das darstellt. Dann kann man, ähnlich wie es an verschiedenen Stellen schon geschehen ist, versuchen, das mit einer finanziellen Abschätzung zu unterlegen.

Was die Frage der Kapitalerhöhung bei einem Fortführungsszenario angeht, ist wichtig: In dem Fall wird sich für die Alteigentümer, die sich nicht an der Kapitalerhöhung beteiligen, ökonomisch gesehen nichts ändern. Sie halten dann viel weniger Anteile an der Bank, aber ihr ökonomischer Wert ist in der Sekunde, in der das Kapital hineingegeben wird, genau der gleiche.

**Abg. Kubicki:** Ich möchte eine Nachfrage an die Vertreter von PwC richten; ich hoffe, ich habe das richtig verstanden. Sie erklären hier, dass Sie eine Ertragswertermittlung nach IDW-S1 machen, im Pre-Money-Status. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren vornehmen, indem Sie künftige Erträge, die auf der Basis des von der Bank dargestellten Modells bereits die Kapitalzuführung beinhalten, unter Abziehungsgesichtspunkten ermitteln. Das bedeutet aus meiner Sicht: Sie können überhaupt keine Pre-Money-Bewertung nach dem Ertragswertverfahren machen. Denn sonst müssten Sie selbst Annahmen darüber anstellen, welche Erträge die Bank für den Fall unterbleibender Kapitalzuführung in der Zukunft hat.

**Herr Eckes:** Die Bank macht eine Ertragsplanung, die natürlich auch auf einer entsprechenden Eigenkapitalausstattung beruht. Wenn die nicht vorhanden ist, kann die Bank keine Erträge erwirtschaften. Diese Ertragsplanung basiert auf bestimmten Annahmen: Wie hoch ist die Eigenkapitalquote, die Kernkapitalquote usw.? Diese Planung schauen wir uns an; auf diese Weise kommt man zu einem Wert.

(Zurufe)

- Nein, das heißt nicht, dass die Bank nichts wert ist, wenn die 3 Milliarden € nicht kommen. Dann gibt es einen anderen Wert.

**Abg. Kayenburg:** Ich habe einige Nachfragen. Die erste geht an Herrn Rieck. Sie haben eben gesagt, dass das gemeinsame Controlling-System, Risikomanagementsystem, nicht aufgebaut worden ist, sondern dass man das System über Portfoliomanager abgewickelt hat. Waren die Systeme kompatibel? Haben die Portfoliomanager mit denselben Systemen gearbeitet? Wie ist das zusammengefügt worden?

Die zweite Frage geht an Herrn Eckes. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass Sie bei Ihrer Prüfung die Plandaten der Bank zugrunde legen und dann Ihr Ergebnis ermitteln, dass Sie auch noch ein Stressszenario haben. Für mich ist erstens wichtig: Überprüfen Sie die Annahmen auf Plausibilität, und wie machen Sie das? Zweitens: Wenn Sie sagen, im Bankenumfeld gebe es ähnliche Annahmen: Wird berücksichtigt, dass möglicherweise

diese Annahmen bei völlig anderen Ausgangssituationen der anderen Banken zustande kommen - will sagen: bei sicheren Banken, die natürlich andere Stressszenarien, andere Bewertungsmaßstäbe zugrunde legen können?

Die dritte Frage geht an Herrn Dr. Nonnenmacher. Ich habe nicht verstanden, wie Sie zu der Aussage kommen, dass sich bei einer Kapitalerhöhung für die anderen nichts ändert, sondern das irgendwo bei Null bleibt. Wir haben jetzt einen Wert der Anteile. Wenn Kapital hineingegeben wird, dann wird natürlich bei der Betrachtung der Anteilswerte auch die Zukunft berücksichtigt. Wenn sie denn positiv ist, muss das nach meinem Verständnis - oder irre ich da? - auch für die anderen Anteilseigner, die nicht zahlen, einen konkreten materiellen Vorteil bedeuten. Schlussfolgerung für mich wäre: Das Land zahlt Subventionen an die Sparkassen auf kaltem Wege.

**Herr Rieck:** Vielleicht darf ich noch einmal wiederholen, dass das System damals nicht als Risikosteuerungssystem gedacht war. Vielmehr war es ein System, das vom Kapitalmarktbereich vorgeschlagen worden ist, um Kreditrisiken handelbar zu machen. Insofern ist es vom Kapitalmarktbereich und nicht vom Risikovorstand vorgeschlagen worden. Wir haben das nicht als dringendes Problem der Bank gesehen, sondern wir haben gesagt: Wir brauchen eine bessere Transparenz in unseren Teilportfolien, die sich in den relevanten Daten, die man auswerten muss, sehr stark voneinander unterscheiden. Bei einem mittelständischen Unternehmen müssen Sie ganz andere Parameter in der Risikosteuerung zugrunde legen als zum Beispiel bei einem Flugzeugportfolio oder einem Immobilienportfolio; außerdem müssen die verschiedenen Länder berücksichtigt werden. Insofern haben wir für die großen Marktbereiche sehr schnell und mit viel geringerem Aufwand dezentrale Systeme entwickelt, um in der Lage zu sein, die Risiken zu steuern. Auf diese Systeme greift unser Group Risk Management heute zentral zu.

**Abg. Kayenburg:** Die Schnittstellen wären also kompatibel.

**Herr Rieck:** Es ist kein einheitliches System, aber man kann es mit einheitlichen Auswertungen belegen.

**Herr Eckes:** Um ein bisschen plastischer zu machen, wie die Bank beispielsweise im originären Kreditgeschäft vorgegangen ist: Die Bank hat hier eine Risikoinventur vorgenommen, gemeinsam mit der KPMG im Rahmen der Jahresabschlussprüfung. Das heißt, man hat sich jeden einzelnen Fall angeschaut: Wie ist die Vertragslage, wie sind die zu erwartenden Cashflows, wie ist die bonitätsmäßige Entwicklung des Kreditnehmers usw.? Auf dieser Basis hat man eine Einschätzung einerseits über die aktuelle Risikovorsorge, wie sie im Jahresab-

schlussbericht 2008 verarbeitet wird, und andererseits mit Blick auf das, was in Zukunft, also 2009 und 2010, noch ausfallen kann, vorgenommen. Wir haben uns dies in Stichproben angeschaut. Alle Fälle kann man nicht prüfen; dazu bräuchte man sehr lange. Diese Stichproben haben wir risikoorientiert durchgeführt. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass das nachvollziehbar ist. Es gab ausreichende Begründungen, nichts war Pi mal Daumen geschätzt, sondern man konnte alles nachvollziehen. Das ist das Thema Base-Szenario, also: Was kommt laut Plan in den künftigen Jahren als Risikovorsorge?

Das andere ist das Stressszenario, das heißt: Was kann passieren, wenn es schlimmer kommt? Was heißt „schlimmer kommen“? Das ist genau das Problem, das man in der Praxis hat. Die Bank ist, vereinfacht gesagt, so vorgegangen, dass sie die Risikovorsorge, die sie im Planszenario hat, verdoppelt hat. Wir haben uns angeschaut, was andere Banken, die ähnliche Portfolios haben, für solche Szenarien unterstellen, und haben festgestellt, dass auch dort eine Verdoppelung erfolgt ist und das in einer ähnlichen Bandbreite liegt. Wir haben also festgestellt, dass die Verdoppelung realistisch ist. Man darf Verdoppelung allerdings nur als Schlagwort verstehen. Es gibt auch Dinge, bei denen verdreifacht worden ist oder nur 50 % aufgeschlagen worden sind; das hängt immer von der Risikokategorisierung, der Risikoeinstufung des Portfolios ab.

**Abg. Hentschel:** Wie wirkt sich eine Änderung des Bruttosozialprodukts um 1 % auf die Risikovorsorge aus?

**Herr Eckes:** Das kann man so nicht sagen; das lässt sich nicht einpreisen oder in Werten messen. Die Bank ist unseres Erachtens sachgerecht vorgegangen. Sie hat sich jedes einzelne Engagement daraufhin angeschaut, wie die zu erwartenden Cashflows zu berücksichtigen sind. Man hat natürlich auch Parameter unterstellt im Sinne von Entwicklungen im Shipping-Bereich: Wie entwickeln sich Frachtraten usw.? Das ist entsprechend eingepreist worden, und zwar für jedes einzelne Engagement. Deshalb kann man eine angenommene Verminderung des Bruttosozialprodukts um 1 % quantitativ nicht ermitteln, weil die Bank so nicht vorgegangen ist. Sie hat das einzelfallbezogen geprüft, was unseres Erachtens sachgerecht ist. Alles andere wäre pauschal, vielleicht auch ganz bewusst Kaffeesatzlesen. Die Bank ist hier viel tiefer eingestiegen und hat sich die Fälle individuell angeschaut.

**Abg. Kalinka:** Ich habe die Geschäftslage bisher so verstanden, dass der Beschluss über die 13 Milliarden € in jedem Fall fallen muss, wir aber zurzeit noch nicht offiziell wissen, wie Unternehmenswert und Aktienkurs sind. Wir stehen jetzt circa zwölf Tage vor der Entscheidung. Wir müssen gegenüber den Abgeordneten einen Weg finden, um bestimmte Fragen zu beantworten; das darf nicht erst einen Tag vor der Entscheidung geschehen. Wir müssen -

meinetwegen auch in einer nichtöffentlichen Sitzung; das kann nicht alles im Beteiligungsausschuss erfolgen - klären, in welcher Form die eben diskutierten Punkte in die tatsächliche Bewertung einfließen. Sie sagen, es gibt in jedem Fall eine Risikoinventur. Dann müssen wir doch auch exakte Analysen, Bewertungen und Zahlen bekommen können.

Dann haben Sie eben gesagt, Sie hätten Stichproben gemacht. Was sagen mir Stichproben in dieser Diskussion? Sie müssen uns schon darstellen, in welchem Zusammenhang die 13 Milliarden € zur gesamten Entwicklung des Unternehmenswertes und des Aktienpreises stehen. Das müssen Sie uns in geeigneter Form, meinerwegen auch in einer nichtöffentlichen Sitzung, hinreichend verdeutlichen. Das ist für die Abgeordneten wichtig zur Entscheidungsfindung.

**Abg. Kayenburg:** Ich erinnere daran, dass eine Frage von mir, die ich an Dr. Nonnenmacher gestellt hatte, noch nicht beantwortet ist.

**Finanzminister Wiegard:** Ich bitte darum, dass Herr Lederer diese Frage beantwortet; er kann dieses Beteiligungsszenario - was passiert, wenn aus 100 Millionen Aktien 200 Millionen Aktien werden, und wie verteilt sich das? - am besten darstellen.

**Herr Lederer:** Vielleicht kurz zu der Frage: Was passiert mit dieser Kapitalerhöhung? Es wurde ja auch mehrfach die Frage gestellt: Ist das eine Subventionierung oder ein Werttransfer zu den Aktionären, die sich nicht daran beteiligen? Wenn sich Aktionäre nicht an der Kapitalerhöhung beteiligen - aller Voraussicht sind das Flowers und die Sparkassen -, werden ihre Anteile verwässert. Das heißt, der Prozentanteil an der Bank geht erst einmal herunter. Der „Spiegel“-Artikel hat irgendwelche Zahlen unterstellt; danach wird Flowers halbiert. Dann gehört Flowers morgen nicht mehr ein Viertel der Bank, sondern 12,5 %. Das heißt, auch von zukünftigen Zahlungsströmen, von Dividenden, von dem Wert des Eigenkapitals usw. gehört ihnen nur noch halb so viel wie vorher. Das ist der Verwässerungseffekt. Durch die Kapitalerhöhung im Tag eins erhöht sich der Unternehmenswert zunächst nicht; der Wert pro Aktie wird damit also nicht subventioniert oder erhöht. Natürlich besteht die Erwartung, dass durch die Kapitalerhöhung zukünftige Erträge generiert werden und somit eine Aktienkurssteigerung eintreten kann, aber auf einem prozentual geringen Anteil der Bank. Es kann nicht die Rede davon sein, dass eine Quersubventionierung der Sparkassen oder von Flowers erfolgt.

**Vorsitzender:** Wir haben es also richtig verstanden: Von einer Wertverbesserung würden die künftigen Anteilseigner im Verhältnis der dann neu geschaffenen Anteile profitieren.

**Herr Lederer:** Natürlich: Von einer Kurserholung der HSH Nordbank, die wir unterstellen und auch annehmen, also einer Wertaufholung, profitiert jeder Aktionär der Bank.

**Vorsitzender:** Aber in veränderten Anteilen.

**Herr Lederer:** In anderen Verhältnissen, auf einer verwässerten Quote.

**Abg. Hentschel:** Die Frage ist relativ einfach: Es geht nicht darum, dass der Anteil verwässert wird, sondern darum, ob ein fiktiver Börsenwert steigt. Wenn wir annehmen, die Bank wäre an der Börse notiert und der Wert der Aktie würde beispielsweise 10 € betragen, dann würde sich mit Blick auf eine mögliche Kapitalerhöhung die Frage stellen: Würde in dem Fall, dass sichergestellt ist, dass eine Kapitalerhöhung erfolgt, der Börsenwert steigen?

**Herr Lederer:** Ich kann nur Beispiele aus der Börsenwelt nennen. Nehmen wir die Commerzbank: Da hat sich trotz einer signifikanten Beteiligung des Bundes und einer Kapitalzufuhr der Börsenwert nicht erhöht.

**Abg. Heinold:** Stimmen Sie mir zu, dass bei dem angenommenen Szenario der Börsenwert sinken würde, wenn klar wäre, dass es zu einer Insolvenz kommt?

**Finanzminister Wiegard:** Wenn ein Institut sich in einem Insolvenzverfahren befindet, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Wert des einzelnen Anteils - den meinen Sie ja; einen Börsenwert haben wir ja nicht; wir haben ja keinen Preis, der auf die übliche Weise am Markt gebildet wird -, ein handelbarer Wert, für den ein Interessent bereit wäre, dieses Institut zu erwerben, steigen würde.

**Abg. Kalinka:** Ich möchte auf das zurückkommen, was Herr Rieck zum Thema der Verkaufs- und Vermietungslage des Manhattan-Objektes gesagt hat. Ich würde mir allergrößte Sorgen machen, wenn nicht einmal 50 % eines Objektes vermietet oder verkauft wären. Deswegen ist das ein interessanter Indikator für Einschätzungen in Ihrem Vorstand. Handelt es sich dabei um das Objekt, über das man in Gesprächen hört, es sei für 360 Millionen gebaut worden und jetzt nur noch 60 Millionen wert? Diese Frage geht an Sie, Herr Rieck.

Meine zweite Frage geht an Herrn Professor Nonnenmacher. Auf Seite 13 des Umdrucks der FDP steht die Frage, wie die Bank sicherstellen will, dass auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass die Bilanzsumme, so ungefähr jedenfalls, halbiert werden soll, frage ich Sie, wie Sie das machen wollen, in welchem Zeitablauf, ob Sie uns da ein bisschen mehr Informationen geben können.

Ich habe noch eine dritte Frage; wenn sie schon in der letzten Sitzung gestellt worden ist, bitte ich, mir das zu sagen, aber sie liegt mir schon seit einiger Zeit auf der Seele. Gibt es bei der HSH Nordbank auch eine Real-Estate-Firma? Wenn ja, wie viel ist darin geparkt? Was verbirgt sich dahinter? Wie viel Immobilien stecken darin? Wie ist der Wert? Kann mir jemand sagen, ob es 2002/2003 zwischen den Banken Gespräche gab, dass so etwas überall gegründet wird? Man sieht ja überall Real-Estate-Immobilien, sogar Firmenbereiche. Vielleicht können Sie uns einmal sagen, wie es dazu eigentlich in Deutschland gekommen ist.

**Herr Rieck:** Was das Objekt in New York angeht, gibt es natürlich eine aktuelle Bewertung, die ich aber hier aus verständlichen Gründen nicht nennen möchte. Das hat aber keine auch nur entfernte Ähnlichkeit mit den Zahlen, die Sie genannt haben. Ich kann Ihnen nur sagen, dass der Investor in dieses Objekt aus seinem Eigenkapital bisher 263 Millionen Dollar investiert hat. Dieses Geld ist das, was er verlieren würde, wenn dieses Projekt nicht zu einem erfolgreichen Abschluss käme. Daher ist seine Motivation, dieses Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, sehr hoch. Außerdem haben wir gewisse Beträge auf dem Konto, aus denen wir über eine längere Zeit die Zinsen bedienen können; wir haben sie in Cash hinterlegt. Es gibt auch bestimmte Garantien von Bauträgern usw.

Zum Thema Real Estate. Die Bank hat eine Tochtergesellschaft mit dem Namen HSH Real Estate AG. In dieser Tochtergesellschaft, die uns zu 100 % gehört, werden folgende Aktivitäten betrieben: Dort gibt es das geschlossene Fondsgeschäft mit einer Enkeltochter HGA Capital. Es gibt eine 100-%-Beteiligung an der LB Immo Invest; das ist eine Kapitalanlagegesellschaft für institutionelle Anleger, wo ein Fondsvermögen von rund 1,5 Milliarden verwaltet wird, also mit Eigenkapital von Anlegern, Versicherungen, Pensionskassen usw. Dann gibt es eine Beteiligung an einer Gesellschaft, die in den USA Fonds auflegt. Des Weiteren haben wir eine Sparte, die sich mit Transaktionsberatungen beschäftigt, ähnlich wie Morgan Stanley das Kunden anbietet. Im Wege der M&A-Beratung beraten wir Kunden, wenn sie Portfolien kaufen oder verkaufen wollen oder wenn eine städtische Wohnungsgesellschaft Schwierigkeiten bekommt, die Gesellschaft zu restrukturieren. Ein weiterer Bereich ist das Projektentwicklungsgeschäft. Hier könnte man vermuten, dass viele Immobilien in dieser Real Estate AG stecken. Ich kann Sie aber beruhigen: Wir haben bis Ende 2008 alle Projektentwicklungen, an denen wir beteiligt waren, verkauft. Daneben ist diese Real Estate AG auch noch an einigen Immobiliengesellschaften, zum Beispiel der BIG in Kiel, beteiligt. Das heißt, alles aus dem Immobiliengeschäft, was nicht unmittelbar mit dem Kredit zu tun hat, ist in dieser Tochtergesellschaft gebündelt worden. Gegründet worden ist sie im Jahre 2004.

**Vorsitzender:** Und das ist alles integriert in der Konzernbilanz?

**Herr Rieck:** Das ist alles vollkonsolidiert, ja.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Wir müssen in der Tat - das sollten wir uns bei der Diskussion immer vor Augen halten - über einen sehr schmerzhaften Mitarbeiterabbau reden. Um die Zahlen ins Verhältnis zu setzen: Wir reden hier - Stichtag Ende 2008 bis Stichtag Ende 2012 - insgesamt über den Abbau von 1.100 Leuten. Wir haben durch umgesetzte Maßnahmen im Ausland in den letzten zwei Monaten des vergangenen Jahres bereits 150 Leute abgebaut, sodass die Gesamtsumme bei etwa 1.250 liegt. Davon sind 750 im Inland betroffen, der Rest im Ausland.

Natürlich ist, was die betriebsbedingten Kündigungen angeht - deshalb war es sehr gut, dass wir uns am vergangenen Wochenende hier in sehr intensiven Diskussionen mit unserem Betriebsrat und mit ver.di über gewisse Eckpunkte geeinigt haben -, im Sinne einer Betriebsvereinbarung für Interessensausgleich und einen Sozialplan gesorgt. Die Größenordnung des Personalabbaus beträgt etwa 25 % der Belegschaft über die nächsten vier Jahre. In den nächsten Wochen werden wir über die Instrumente des Abbaus diskutieren müssen. Darüber hinaus haben wir uns dahin gehend verständigt, dass wir versuchen wollen, nach Möglichkeit auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Um das aber prozesstechnisch vernünftig darzustellen, haben wir Folgendes gemacht: Wir haben Ziele definiert, wie diese 750 Mitarbeiter im Laufe der vier Jahre im Land abgebaut werden, also wie viele pro Jahr. Wir werden gewisse Kontrollpunkte einziehen. Wenn wir für 2009 den Abbau einer gewissen Zahl von Mitarbeitern erwarten, dann werden wir uns Ende 2009 anschauen, wie viele es wirklich waren. Wenn wir dabei in einem gewissen Toleranzbereich bleiben, wird die Bank auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Sollten wir allerdings außerhalb dieses Toleranzbereiches liegen, dann wird die Bank betriebsbedingte Kündigungen vornehmen müssen, um das Ziel der Gesamtstrukturierung nicht zu gefährden.

**Vorsitzender:** Herr Nonnenmacher, ich vermute, dass es sich bei der Zahl 1.250 um Vollzeitstellen handelt. Können Sie uns sagen, wie viele Köpfe sich hinter dieser Zahl verbergen?

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Aus dem Stehgreif nicht.

**Vorsitzender:** So Pi mal Daumen.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Wir rechnen mit 15 % Aufschlag, das heißt, dann wären wir bei etwa 1.400.

**Abg. Koch:** Herr Vorsitzender, wir kontrollieren mit unseren Fragen die Regierung. Vielleicht gestatten Sie mir trotzdem eine Verständnisfrage an Frau Heinold, damit wir als Regierungsfraktion das Anliegen der Opposition verstehen können.

**Vorsitzender:** Nein, das war bisher im Finanzausschuss nicht üblich.

(Zurufe)

- Wir haben uns hier bisher nicht gegenseitig befragt. Unsere Aufgabe als Finanzausschuss ist es, im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Regierung zu kontrollieren, und die bedient sich heute des Sachverständigen von Experten.

(Zurufe)

- Es war bisher nicht üblich, und das sollten wir jetzt auch nicht machen. - Dann hat jetzt Herr Kollege Kubicki das Fragerecht. - Er zieht zurück. Sie machen das im Beteiligungsausschuss.

**Abg. Stritzl:** Ich möchte auf die Unterrichtung des Landesrechnungshofes vom gestrigen Tag, dem 11. März 2009, Umdruck 16/4070, zurückkommen. Ist Ihnen diese bekannt? - Ich lese kurz vor:

„Der Buchwert des Credit-Investment-Portfolio der HSH Nordbank AG beträgt noch circa 22 Milliarden €. Der zuvor vollzogene Abbau um circa 9 Milliarden € beruht auf Veräußerungen und Abschreibungen. Nach Presseberichten halten Insider erhebliche weitere Abschreibungen für denkbar. Die Werthaltigkeit des Portfolios ist aber selbst für Insider kaum zu beurteilen. Einige gehen davon aus, dass der Wert der enthaltenen Papiere unter 10 % des Anschaffungswertes liegen kann.“

Zum Thema Schiffskredite:

„Der hohe Bestand an Schiffskrediten lässt weiteren überplanmäßigen Abschreibungsbedarf befürchten. Neue Schiffsfinanzierungen bleiben unter den gegebenen Weltmarktbedingungen auf längere Zeit Mangelware. Gleichwohl soll die Schiffsfinanzierung wesentliches Standbein der restrukturierten HSH Nordbank AG sein. Wie das zusammenpasst, ist erklärungsbedürftig.“

Habe ich Sie richtig verstanden? Nach Ihren Darlegungen, Herr Professor Nonnenmacher, und dem, was Sie, Herr Eckes vom PwC, gesagt haben - Ihren Planungen und soweit Sie es auf Plausibilität überprüft haben -, gibt es keinen Grund, diesen Befürchtungen des Landesrechnungshofes beizutreten.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Ich fange mit dem Credit-Investment-Portfolio an. Es ist das Portfolio, welches die Bank nun wirklich in- und auswendig kennt. Ich möchte kurz etwas dazu sagen, und bitte ich unseren Leiter, Herrn van Gemmeren, ein paar Worte zu den Gutachten zu sagen.

Die Bank kommt von einem Credit-Investment-Portfolio, das von beiden Vorgängereinstituten aufgebaut wurde. Bereits bei der Fusion hat man hier über ein Nominalvolumen von 23, 24 Milliarden € im Jahr 2003 gesprochen. Wir haben Ende 2007 über ein Volumen von 30 Milliarden € gesprochen. Das liegt jetzt etwa bei 21, 22 Milliarden €. Damit Sie das ein bisschen besser einschätzen können, sage ich Ihnen: Allein von diesen 22 Milliarden € sind etwa 8, 9 Milliarden € sogenannte Single Names, das heißt, es sind nichts anderes als Anleihen, die von Bankinstituten oder von Staaten emittiert worden sind. Diese Anleihen werden bei anderen typischerweise gar nicht in das Kreditersatzbuch eingerechnet. Ich sage das nur, um das von der Größenordnung her etwas zu relativieren. Herr van Gemmeren kann insbesondere etwas über die Risikostruktur der verbleibenden 13, 14 Milliarden € innerhalb dieses Buches sagen.

Wir haben insgesamt - das hatte ich vorhin schon angesprochen - 1,3 Milliarden € in 2007 und 1,6 Milliarden € in 2008 abgeschrieben. Auf den Bestand, der sozusagen heute noch per Stichtag 31. Dezember 2008 im Buch der Bank steht, beträgt die gebildete Risikovorsorge 2,4 Milliarden €. Was wir machen - ich möchte hier jetzt keine Zahlen nennen, aber gern nachher im Beteiligungsausschuss -: Wir stellen für die Jahre 2009 und 2010 weitere mögliche Abschreibungen für dieses Buch in die Planung ein.

Wir haben an zwei unabhängige Gesellschaften ein Gutachten in Auftrag gegeben, die sich das Buch unter den folgenden Gesichtspunkten angeschaut haben: Das Gesamtbuch - auch um das an dieser Stelle noch einmal zu sagen - hat ein Durchschnittsrating von so etwas wie AA-/A+. Das gesamte Buch hat ein durchaus vernünftiges Rating. Ich betone das deswegen, weil Sie wissen, dass man über die Ratings heute sehr geteilter Meinung sein kann - zumindest, was die Vergangenheit angeht. Die Rating-Agenturen haben sich, nachdem das System so langsam zusammengebrochen ist, geradezu darin überschlagen, ihre eigenen Bestnotenbewertungen in den Keller hinunterzuschicken, weil es heute keine Rating-Agentur mehr erleben

möchte, dass sie irgendetwas - ich sage mal im Extremfall - mit AAA bewertet und das plötzlich unten im Default liegt.

Nehmen wir einmal an, dass die Bewertung von einem A+ als Arbeitshypothese ökonomisch wirklich das Richtige wäre. Dann haben wir hier trotzdem Titel, die teilweise bei so etwas wie 80 notieren. Um es ganz praktisch zu machen, nehmen Sie eine Staatsanleihe von Italien oder Griechenland. Die hat heute vielleicht noch einen Wert von 90. Jetzt können wir uns heute die Frage stellen: Glauben wir, dass Griechenland pleitegeht? Wenn ich einmal die Arbeitshypothese wage, dass Griechenland nicht pleitegeht, dann ist klar, dass diese Anleihe - ökonomisch gesehen - zu 100 zurückgezahlt wird. Dann würden Sie unter ökonomischen Gesichtspunkten über die Totalperiode sagen: Jawohl, die Abschreibung, die die Bank getätigt hat - nämlich von 100 auf 90 -, die 10, muss über die Laufzeit zurückkommen.

Unter diesem Blickwinkel haben sich die unabhängigen Gutachter - dazu kann Herr van Gemmeren vielleicht noch drei, vier Worte sagen - das Gesamtbuch in viel dedizierterem Maß angeschaut, was sie unter den ökonomischen Rahmenbedingungen glauben, was es an Verlust über die Totalperiode bis Laufzeitende des Buches geben wird.

Da haben sie zwei Szenarien gerechnet: einen guten Fall - den erspare ich Ihnen, weil ich Ihnen keinen Appetit auf zu hohe mögliche Wertaufholungen machen möchte - und ein Stressszenario. Ich kann Ihnen sagen, dass dieses Stressszenario, das sie berechnen, immer noch knapp über dem liegt, was die Bank bereits verbucht hat und in die Planung eingestellt hat.

Mit diesem Gutachten fühlen wir uns, was das Credit-Investment-Portfolio angeht - ich sage das ganz bewusst - nicht auf der sicheren Seite, weil keiner weiß, wie sich die Zukunft weiterentwickelt. Aber nach den Information, die wir heute haben, sagen wir, dass die Bank damit ausreichend Risikovorsorge gebildet hat. Das ist die eine Sicht.

Bevor ich an Herrn van Gemmeren übergebe - Sie haben es bewusst angesprochen - zum Shipping. Mir ist wichtig, hier eine allgemeine Bemerkung zu machen. Die Bank hat in der Vergangenheit Fehler gemacht. Die Bank hat sicherlich auch bei den Risikosystemen und bei den Risikoprozessen deutlich zuzulegen. Das ist gar kein Thema. Wir können uns nachher gern über den Restrukturierungsplan unterhalten, darüber, was da jetzt genau passiert und was zu tun ist. Wir sollten aber bitte eines nicht vergessen, nämlich dass die Bank einen gesunden Kern hat. Was ich damit meine, ist - nur um das an Zahlen noch einmal darzulegen -: Die Bank macht 2,8 Milliarden € Verlust und hat 2,5 Milliarden € Abschreibungen nur aufgrund des Kreditersatzgeschäftes und aufgrund von Abschreibungen, die aus dem Umfeld von Lehman Brothers und Island dazu kommen.

Wenn Sie jetzt einmal nicht so genau hingucken, weil 2,5 und 2,8 so ungefähr das Gleiche ist, dann heißt das, dass die Bank in ihrem Kerngeschäft immer noch eine Nulllinie erreicht, und das bei einer Risikovorsorge, die sie in Höhe von 1,5 Milliarden € einstellt. Das ist genau das Prinzip der Kernbank, die nach vorne gerichtet ist und von der wir natürlich davon ausgehen, dass sie profitabel sein wird. Die gesamten belastenden Faktoren wie das Kreditersatzgeschäft, das ganze Financial Institution Group Buch und so weiter werden in die Abbaubank hinübergeschoben. Wir reden in der Kernbank letztlich über ein reines Kreditbuch.

Die Frage, die Sie vielleicht stellen werden, ist: Müsste die Kernbank dann nicht auch super-tolle Gewinne machen? Kernbank klingt immer so: Das ist das Allerbeste und so weiter. In der Kernbank liegt das Kreditbuch. Wir haben - das ist nicht neu - in jeder Krise der letzten Jahrzehnte gesehen, dass in einer Kreditkrise bei kreditfinanzierenden Banken die entscheidende Frage immer ist, wo die Risikovorsorge hinläuft. Nehmen Sie einmal die Jahre vor 2007, ich sage mal zwischen 2002 und 2007. Da haben alle Banken supertolle Gewinne gemacht, die zum Großteil durch Auflösungen der Risikovorsorge gespeist worden sind, die man in der letzten Krise 2001/2002 gebildet hat. Da hat kein Mensch über Risiko gesprochen.

Jetzt kommt der Abschwung, und jetzt passiert genau das Gegenteil. Das heißt, jetzt werden alle Banken über ihr Kreditbuch die Risikovorsorge entsprechend nach oben drücken. Das ist der typische Kreditzyklus. Wenn wir zum Beispiel Kreditkonditionen berechnen, preisen wir in die Marge, in den Zinssatz sogenannte Standardrisikokosten ein. Das ist sozusagen das langfristige Mittel, bei dem die Bank sagt, das muss sie verdienen, um solche Schwankungen nachher auch aushalten zu können. Deswegen sollten wir uns ein bisschen davon lösen.

Die Bank hat ein Problem mit dem Kreditersatzgeschäft und hat die Auswirkungen des Kollapses von Lehman Brothers zu spüren bekommen, aber der Kern der Bank ist gesund und unterliegt einfach den Gegebenheiten des Kreditzyklus. Wenn ich darf, Herr Vorsitzender, würde ich Herrn van Gemmeren bitten, hier vielleicht noch zwei Sachen zum Thema Gutachten über das Credit-Investment-Portfolio - wenn es gewünscht wird - zu sagen, um das ein bisschen mehr ins Gefühl zu bekommen.

**Vorsitzender:** Wird das noch gewünscht? - Ich entnehme dem Kopfschütteln, dass das nicht mehr gewünscht wird. - Sie haben eben so ein schönes Schlusswort gesprochen, zumal ich keine mehr auf der Rednerliste habe.

(Zurufe)

- Ich meinte, das wäre abgearbeitet. Gut, dann gehen wir weiter. Sie einigen sich? - Kollegin Heinold.

**Abg. Heinold:** Wir sind ja noch bei den Fragen zu den Umdrucken und zu der Beantwortung unserer Fragen. Wir hatten ja zum Shipping eine Frage gestellt, ob es die 100-%-Finanzierung gegeben hat, und die hat es ja in Form von Fonds, also ohne Eigenkapital, gegeben. Meine Frage ist, ob es auch andere Schiffsfonds gibt, die von anderen Banken tatsächlich zu 100 % finanziert werden, und ob Sie zurzeit, bezogen auf den Schiffbau, immer noch Fonds haben, in denen kein Eigenkapital steckt.

Im Zusammenhang damit steht in dem Umdruck 16/4056 auch, dass sich die Bank als strategischer Partner der Schifffahrtsunternehmen und Fondshäuser versteht. Deshalb ist meine Frage, ob die Bank teilweise auch direkt Anteilseigner ist. Wenn man strategischer Partner ist, ist man ja mit als Eigner darin. Das zum Bereich Schiffbau.

In dem Gesetzentwurf auf Seite 18 unten ist unter „5. Rekapitalisierungskonzept“ die Kernkapitalquote aufgeführt. Dazu hatte ich eine Frage gestellt; sie ist aber nicht so beantwortet worden, dass es mich zufriedengestellt hat. Danach ist die Kernkapitalquote in 2008 auf 7,5 % gestiegen und damit so hoch wie seit 2005 nicht mehr. Ich bitte um Erläuterung. Das spricht erst einmal nicht dafür, dass die BaFFin die Schließung angedroht hat.

Ich habe noch eine Frage zu dem moderaten Wachstum, das nach dem Gesetzentwurf für die Kernbank ab 2010 angestrebt wird. Ich gehe davon aus, dass das in den Prognosen enthalten ist. Meine Frage ist, ob bei diesem moderaten Wachstum auch die Bereiche Shipping und Immobilien als Wachstumsbereiche für 2010 enthalten sind.

Zur Gewährträgerhaftung - Umdruck 16/4063, Seite 9 - habe ich noch eine Frage. Dort wird gesagt, dass es Papiere aus der alten Gewährträgerhaftung gibt, die erst 2043 auslaufen. Was sind das für Papiere, die eine 50-jährige Laufzeit haben?

Noch eine Frage zur Risikovorsorge, weil mir andere Zahlen vorliegen. Habe ich es richtig verstanden, dass in Ihrem Modell allein für 2009 eine Risikovorsorge von 1,6 Milliarden € enthalten ist? Wenn ja, wie hoch ist die Risikovorsorge für 2010 und folgende? Mir ist erinnerlich, dass wir in diesem und im nächsten Jahr jeweils 0,9 enthalten haben und dann noch einmal 3 Milliarden € extra, also insgesamt 4,8 Millionen €.

Die letzte Frage zum SoFFin. Herr Nonnenmacher hatte in der Ausschusssitzung in Hamburg gesagt, dass es eine Landesbank westlich von uns gebe, die Eigenkapital beim SoFFin mit der

Begründung beantrage, sie sei ja den Weg der Trennung der Banken gegangen. Das steht im Protokoll.

(Zuruf)

- Ja, das kann ja nur die WestLB sein. - Meine Frage ist, ob das nach wie vor der Sachstand ist. Denn dann bin ich nach wie vor wieder bei meiner Ausgangsthese: Wenn wir im Herbst den Weg der Trennung begonnen hätten oder signalisiert hätten, dass wir ihn gehen würden, hätten wir auch Eigenkapital bekommen können. So lese ich das auf jeden Fall im Protokoll.

**Vorsitzender:** Diese Frage sollten wir nächsten Donnerstag an Herrn Dr. Rehm stellen.

**Abg. Heinold:** Ich weiß nicht, ob Herr Nonnenmacher nächste Woche wieder da ist.

**Vorsitzender:** Ja.

**Abg. Heinold:** Okay, dann können wir sie da im Zusammenhang stellen. Aber man kann sie heute auch mitbeantworten.

**Vorsitzender:** Aber dafür haben wir Herrn Rehm geladen und überweisen ihm nachher die Reisekosten.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Ich beginne mit den letzten Fragen. Zu den konkreten Fragen bezüglich Eigenkapitalfinanzierung, anderen Fondshäusern und inwieweit wir uns potenziell an Schifffahrtsunternehmen beteiligen, wird der Kollege Rieck antworten. Die 7,5 % per Jahresende müssen Sie folgendermaßen sehen: Aufsichtsrechtlich gesehen wird der Jahresfehlbetrag gegen die Kernkapitalquote erst in dem Moment gebucht, in dem der Jahresabschluss testiert und festgestellt wurde. Deswegen sind die 7,5 % ein schöner Schein. Die wirkliche Quote beträgt 4,8 %.

Zu der zweiten Frage, die Sie bezüglich des Neugeschäfts gestellt haben. Ich will einmal die Vergleichszahlen nennen. Wir haben über 42 Milliarden € Neugeschäft in 2007 gemacht, etwa 32 Milliarden € wirkliches Neugeschäft in 2008, und wir planen, im Jahr 2009 in der Größenordnung von 7 Milliarden € Neugeschäft zu machen und das mit einem ganz klaren Regionalfokus. In der Kernbank wollen wir das Geschäft sukzessive wieder moderat ausweiten.

Die Risikovorsorge, die Sie angesprochen haben - -

(Zuruf der Abg. Heinold)

- Genau, Schiffe bauen wir noch nicht. Wir planen durchschnittlich ein Wachstum von 3 % in der Kernbank. Das bezieht sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf die gesamte Kernbank, also sowohl Neugeschäfte, wie auch im Shipping, als auch dem deutschlandbezogenen Immobilienbereich, als vor allem auch im Firmenkundengeschäft.

Über eine Lösung bei den Landesbanken im Westen der Republik kann ich outside-in nur spekulieren. Soweit mir bekannt ist, sind die Kollegen auf dem Weg - die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen -, eine rechtliche Trennung durchzuziehen. Möglicherweise wird sich das wegen der Kommission in Brüssel alles auflösen, wenn es eine Änderung des Fahrplans gibt. Möglicherweise müssen dann andere Lösungen her. Das Problem, das die Kollegen im Westen haben, ist genau das gleiche, das auch wir hätten, also zunächst einmal eine Abbaubank technisch aufzubauen. Das dauert einfach. Insofern gehen wir momentan davon aus: Sofern man versucht, das mit Hochdruck umzusetzen, wird man in 12 bis 18 Monaten, das heißt also Mitte nächsten Jahres, lieferfähig sein. Das ist das, was die Technik angeht.

Die viel relevanteren Fragen, die das Projekt auf der Zeitachse undefinierbar machen, sind - daneben, dass sie ihre Hausaufgaben machen müssen, dass sie alles hinanstellen müssen -: Unterliegt die Abbaubank nachher dem KWG, welche Eigenkapitalforderungen werden gestellt, wie muss bilanziert werden, und gilt Basel II? Solange diese Fragen von der Bundesregierung nicht vernünftig gelöst werden, schwimmen sie. Eines ist nämlich klar: Keiner, der in der Situation ist, dass er eine Abbaubank bauen möchte, wird seinen Eigentümern einen Vorschlag machen, der teurer ist, als wenn man das auf der bestehenden Bilanz stehen lässt.

Deswegen habe ich sehr viel Sympathie für das, über das ich in der Vergangenheit mit verschiedenen Leuten debattiert habe, dass man versucht, eine sehr einfache Lösung zu machen. Das könnte eine Anstalt in der Anstalt sein. Beispielsweise könnte die Bundesregierung eine Anstalt ähnlich wie die KfW gründen, die von gewissen regulatorischen Mindestkapitalanforderungen ausgenommen ist, die Bilanzierungserleichterungen und Basel-II-Erleichterungen hat. Dann könnte man in dieser Anstalt verschiedenste Anstalten für die verschiedensten Banken machen. Dann müsste man gegebenenfalls nicht einmal - im Sinne von rechtlich - etwas gründen, was da runtergeschoben wird, sondern dann könnte man das einfach synthetisch übertragen. Die Garantie, die wir vorschlagen, stünde dem sozusagen nicht entgegen, sondern ist damit kompatibel. Wir würden die Garantie einfach aufteilen. Damit wäre man sozusagen sofort in der Lage, potenzielle Vergünstigungen umsetzen zu können.

Das hätte einen weiteren Charme, weil man sich damit ein bisschen dem französischen Modell annähert. Die Anstalt könnte sich im Namen der Bundesregierung refinanzieren und könnte diese Refinanzierung an die einzelnen Anstalten in der Anstalt weitergeben, sodass die Refinanzierung nicht über die Bank beziehungsweise die Länder erfolgen müsste. Da laufen intensive Diskussionen. Es gibt auch andere Vorschläge. Über den Zeitplan habe ich vieles gehört, darüber kann ich aber nicht spekulieren.

Zu der Gewährträgerhaftung hatten Sie die Frage, wie lange die gehen. Dazu müssen Sie sich einfach vorstellen, dass Anleihen mit den unterschiedlichsten Laufzeiten emittiert worden sind.

**Vorsitzender:** Auf 50 Jahre.

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Genau. - Ohne dass ich hier jede Anleihe herunterbuchstabieren kann, nehme ich an, dass das eine Anleihe ist, die man mit einer 50-jährigen Laufzeit emittiert hat.

(Zuruf der Abg. Heinold)

- Das würde ich gern im Beteiligungsausschuss detailliert erläutern.

**Herr Rieck:** Normalerweise ist es so, dass ein Reeder, der ein Schiff bestellt, 60 bis 70 % Fremdkapital erhält und einen Eigenkapitalanteil von 30 bis 40 % beibringt. Das Eigenkapital würde über die Bauzeit des Schiffes entweder vorweg eingezahlt oder mit den Bauraten proratistisch.

Es gibt eine Sondergruppe von Kunden, das sind die deutschen KG-Häuser, also die Fondsgesellschaften, die ein ganz wichtiger Marktteilnehmer zur Beschaffung von Eigenkapital für den Schifffahrtsmarkt, aber auch für andere, Asset-Klassen, Immobilien und Flugzeuge, Private Acquity und so weiter, darstellen. Diese Fondsgesellschaften können Eigenkapital im Regelfall erst platzieren, wenn sie das Objekt vorzeigen können. Große Fondshäuser wie MPC oder HCI oder andere, die mehrere 100 Millionen € Eigenkapital pro Jahr einsammeln, brauchen sozusagen eine Produktpipeline, von der sie wissen: In zwei Jahren wird das Schiff mit der Charter abgeliefert, das muss ich bestellen, und dann habe ich in zwei Jahren ein Produkt.

Bei solchen Finanzierungen gibt es auch ganz normal die langfristige Finanzierung 60, 70 %. Aber für die Bauzeit finanziert die Bank dieses Delta zum Kaufpreis, also zum Bestellpreis,

für ein bis zwei Jahre zwischen. Es wird aus den dann eingeworbenen Kundengeldern zurückgezahlt.

In diesem Markt ist die HSH Nordbank nicht allein tätig; alle Banken, die im Shipping tätig sind, machen diese Geschäfte. Aber es ist eine deutsche Spezialität. Als Eigenkapitalquelle hat es in Deutschland die höchste Bedeutung. Solche KG-Strukturen gibt es noch in Skandinavien. Also, es machen auch alle anderen Banken, die Deutsche Schiffsbank, die Commerzbank, die Dresdner Bank und wie sie alle heißen.

Ihre dritte Frage war die nach dem Volumen. Die ausstehenden Eigenkapitalzwischenfinanzierungen beziehen sich auf rund 300 Millionen €. Die Rückzahlung hängt von der Fähigkeit der Fondshäuser ab, die zukünftigen Produkte zu platzieren. Die Eigenkapitalzwischenfinanzierung läuft über die nächsten zwei bis drei Jahre, weil die Ablieferung der Schiffe eben diesen Rhythmus hat.

Wir haben im letzten Jahr einen relativ starken Einbruch in dem Einwerbemarkt für die Fonds gesehen. Im Moment werden Fonds platziert, aber auf niedrigerem Niveau als in den Vorjahren. Es kann durchaus sein, dass sich die Platzierung und damit auch die Rückzahlung der Eigenkapitalzwischenfinanzierung verzögert.

Ich habe nicht ganz verstanden, wo Sie den Begriff „strategische Partnerschaft“ gefunden haben. Er bedeutet auf jeden Fall nicht, dass wir an dem Unternehmen beteiligt sind. Ich hatte vorhin ausgeführt, dass wir eine eigene Fondsgesellschaft haben, die HGA Capital, die uns zur 100 % gehört. Sie platziert Fonds in allen Asset-Klassen außer im Shipping, weil alle Fondshäuser unsere Kunden sind und wir dort keine Konkurrenzsituation schaffen wollten.

Bei den Fondshäusern, mit denen wir intensiver zusammenarbeiten, sind wir aber durchaus involviert, beispielsweise in der Begutachtung ihrer Produkte, was zum Beispiel eine Voraussetzung für eine Platzierung an Sparkassenkunden ist. Wir platzieren auch bei Kunden unserer Bank, sind also auch Vertriebspartner. Es gibt mehr Verbindungen als nur über das Produkt Finanzierung.

**Vorsitzender:** Ich glaube, jetzt sind die von Ihnen, Frau Heinold, gestellten Fragen beantwortet.

(Abg. Heinold: Zusatzfrage!)

- Ich nehme Sie jetzt in die Liste auf. Wir haben vorhin das Problem gehabt, dass immer neue Zusatzfragen angemeldet worden sind. Dann könnte sich zum Beispiel der Kollege Hentschel beschweren. Das möchte ich nicht hören. Deswegen erhält er jetzt das Wort, und Sie kommen auf die Liste.

**Abg. Hentschel:** Herr Minister, eine frühere Aufsichtsratsvorsitzende der HSH Nordbank, vorher Landesbank, hat dem Parlament mitgeteilt, dass die Bekanntgabe von Abstimmungsergebnissen im Aufsichtsrat nicht erlaubt sei und unter Strafe stehe. Sie haben hier Abstimmungsergebnisse aus dem Aufsichtsrat mitgeteilt. Haben Sie sich damit straffällig gemacht? Wie hoch ist die Strafe?

**Vorsitzender:** Herr Kollege Hentschel, die Ergebnisse standen in der Zeitung und waren für alle nachlesbar, damit auch für den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank. - Wollen Sie wirklich noch darauf eingehen, Herr Minister?

**Finanzminister Wiegard:** Die Mitteilung über das Ergebnis der Aufsichtsratssitzung ist im Aufsichtsrat vereinbart worden.

**Vorsitzender:** Das war eine wichtige Klarstellung. Dann kann das auch kein Verstoß gegen das Aktiengesetz sein.

**Abg. Stritzl:** Herr Rieck, Sie haben gesagt, die Vorfinanzierung des Fonds zu 100 % des Eigenkapitals könne sich verschieben. Was ist denn das Gesamtvolumen der Maßnahme? Wenn sich die Zwischenfinanzierung nach hinten schiebt, schiebt sich auch die Hauptfinanzierung nach hinten, die Sie auch finanzieren. Ist das in Ihre Risikovorsorge eingepreist? Das heißt, um wie viele Schiffe und um welches Gesamtvolumen geht es?

Die zweite Frage geht an Herrn Nonnenmacher zum Stichwort Abbaubank. Sie sagen, es dauere eine gewisse Zeit, bis man das implementiert. Gibt es zu den Standorten Hamburg und Kiel schon strukturelle Vorstellungen, die Sie uns sagen können, oder ist das noch in der Erarbeitung?

**Vorsitzender:** Herr Nonnenmacher, Sie sind gefragt.

(Abg. Astrup: Diese Frage ist beim letzten Mal beantwortet worden!)

**Herr Prof. Dr. Nonnenmacher:** Es gibt überhaupt keine Überlegungen darüber, ob eine Abbaubank in Kiel oder in Hamburg ist. Die Portfolien speisen sich sozusagen flächendeckend

aus dem Ausland, aus Kiel, aus Hamburg. Von daher gehen wir momentan davon aus, dass die Kernbank weiter in den Inlandstandorten über Hamburg und Kiel vertrieben ist und genauso die Abbaubank, die wir im ersten Umsetzungsstrang virtuell greifen. Dann, wenn eine rechtliche Einheit gegründet würde, müsste sie irgendwann irgendwo ihren Sitz haben. Das heißt aber immer noch nicht, dass die Portfolien und die Mitarbeiter dorthin transferiert werden müssen, sondern die können dann weiter in Hamburg, Kiel oder im Ausland sein.

**Vorsitzender:** Wir registrieren, dass sich seit Ihren Aussagen von vor einer Woche nichts geändert hat. - Das Wort hat jetzt die Frau Kollegin Herdejürgen. - Sie zieht zurück. - Herr Kollege Kubicki. Oder habe ich Ihre Wortmeldung - -

**Abg. Kubicki:** Ich wollte die Frage eigentlich im Beteiligungsausschuss stellen.

**Vorsitzender:** Okay, dann ist das erledigt.

**Abg. Kubicki:** Aber die Frage des Kollegen Stritzl zum Shipping ist noch nicht beantwortet.

**Vorsitzender:** Er selbst hat das nicht beanstandet.

(Heiterkeit)

**Abg. Kubicki:** Herr Vorsitzender - -

(Abg. Stritzl: Die Sitzung zu leiten ist Ihre Aufgabe! Wenn Herr Nonnenmacher sagt, er antwortet, bevor Herr Rieck antwortet, müssen Sie dann Herrn Rieck das Wort erteilen!)

**Vorsitzender:** Das ist völlig richtig. Es war meine Schuld. - Herr Rieck, Sie sind jetzt dran.

**Herr Rieck:** Ich stehe auch schon in den Startlöchern. - Wenn die Eigenkapital-Fremdkapitalrelation 70:30 ist, dann sind mit diesen 300 Millionen € Eigenkapitalvorfinanzierung ungefähr 700 Millionen € Fremdfinanzierung verbunden. Man muss diese beiden Teile trennen. Wenn das Schiff, das abgeliefert wird und auf dem Fondsmarkt platziert wird, eine Beschäftigung hat - nehmen wir einmal an, es hat eine Maersk-Charter -, dann produziert dieses Schiff Einkommen. Das wird dazu benutzt, um a) den Kapitaldienst zu leisten und b) die Ausschüttung an die Kommanditisten dazustellen.

Wenn nicht genug Kommanditkapital eingesammelt ist, steht dieses Geld nach Abzug der langfristigen Fremdfinanzierung natürlich auch zur Bedienung der Eigenkapitalzwischenfinanzierung zur Verfügung. Das ist der Regelfall.

Wenn ich von Verlängerung der Laufzeiten spreche, ist der wirtschaftliche Hintergrund, dass wir dies sehr kurzfristig machen, vielleicht für ein oder zwei Jahre. Die Fondsplatzierung dauert jetzt ein Jahr länger. Dann verlängern wir die Eigenkapitalzwischenfinanzierung, ohne dass im Regelfall die langfristige Finanzierung darunter leidet.

**Abg. Heinold:** Ich habe zwei Nachfragen zu den Schiffen. Die Erste. Ist es richtig, dass die Fonds, die im Shipping stattgefunden haben, Ihren Kunden anschließend aktiv als steuersparende Anlagen angeboten worden sind, weil es Verlustbeteiligungen sind?

Zweite Frage: In welcher Größenordnung sind von der Bank in den letzten Monaten beim Shipping aktiv Non-Performer zu Underperformern gemacht worden?

**Herr Rieck:** Die Schiffsfonds laufen seit vielen Jahren - ich weiß gar nicht mehr, wie lange, ich glaube, seit 10 Jahren - fast ausschließlich unter der Tonnagesteuer. Das heißt also, es gibt keine Verlustzuweisungen mehr, sondern es gibt nur eine ganz geringfügige Besteuerung auf Ebene des Schiffs und auf Ebene des Anlegers. Die früheren Abschreibungsmodelle, auf die Sie referenziert haben, gibt es nicht mehr. Wir selbst haben auf die Performance eines Fonds keinen Einfluss. Wir übernehmen, wenn ein Fondshaus in der Sparkassenorganisation einen Fonds vertreiben will, die Funktion, sozusagen als Spezialist für solche Produkte einen gewissen Qualitätscheck zu machen. Wenn die qualitativen Kriterien erfüllt sind, machen wir einen Stempel darauf. Das ist eine vom Schifffahrtsgeschäft unabhängige Einheit. Sie ist in einem anderen Bereich angesiedelt. Sie macht das auch für Immobilienfonds und Flugzeugfonds. Sie prüft die Prospekte und sagt: Nach unserer Meinung ist das ein gutes Produkt, das kann in der Sparkassenorganisation platziert werden. Auf die Errechnung von Performance und Ähnlichem haben wir keinen Einfluss.

**Abg. Kubicki:** Die Frage nach Non-Performance und Underperformance ist noch nicht beantwortet. Daran will ich nur erinnern. Das kann ja noch kommen.

Ich habe eine Frage, weil wir im Finanzausschuss mit Wortprotokoll sind, was wir im Beteiligungsausschuss nicht haben.

**Vorsitzender:** Herr Kollege, ich habe die organisatorischen Vorkehrungen dafür getroffen, dass wir auch im Beteiligungsausschuss heute ein Wortprotokoll bekommen.

**Abg. Kubicki:** Das ist sehr schön, Herr Vorsitzender. Trotzdem will ich jetzt meine Frage stellen, und zwar die, ob die HSH Nordbank als der weltgrößte Schiffsfinanzierer in ihren Büchern bereits Schiffsfinanzierungszusagen hat, bei denen die Gefahr besteht und von denen Sie bereits Kenntnis haben, dass Stornierungen der entsprechenden Aufträge erfolgen, und wenn ja, möchte ich die Größenordnung wissen. Ich kann das auch einfacher machen: Kann es sein, dass wir uns signifikant im Milliardenbereich bewegen?

**Herr Rieck:** Natürlich hat die Bank - das kann man in unserer Bilanz lesen - Kreditzusagen gemacht, die noch nicht valuiert sind. Die Schiffe werden noch gebaut oder sind im Bau. Ich hatte vorhin berichtet, dass sich jeder Reeder heute überlegen muss: Kann er, will er das Schiff zu dem Zeitpunkt, zu dem er das bestellt hat, abnehmen, oder will er den Bau im Einvernehmen mit der Werft verschieben, oder will er eine Abbestellung in Kauf nehmen? Diese Frage wird von vielen Kunden geprüft.

Im Bulker-Bereich - wenn ich das einmal ein bisschen differenzieren darf -, also bei den Schiffen, die Massengut transportieren, geht es einfacher, so etwas zu machen, und zwar auch ohne dass Riesenkosten verursacht werden, weil die Hersteller dieser Schiffe sehr häufig chinesische Werften sind, die relativ frisch gegründet sind und große Schwierigkeiten haben, die Schiffe überhaupt zu bauen und abzuliefern, und die vertraglichen Vereinbarungen nicht diesen Härtegrad haben, den es zum Beispiel im Containerschiffbau mit koreanischen Großwerften gibt. Insofern kann ein Reeder, der einen Bulker bestellt hat, einen Vertrag eher ohne großen Schaden mit einer chinesischen Werft lösen, als wenn er ein Containerschiff bestellt hat.

Bei den Containerschiffen ist es so, dass, wer in den letzten zwei, drei Jahren bestellt hat, am Anfang relativ hohe Anzahlungen leisten musste, zwischen 20 und 30 %. Wenn er sich überlegt, ich bestelle das Schiff ab, verliert er diese Anzahlung auf jeden Fall. Diese Anzahlung ist aber sehr häufig Eigenkapital oder nur zum Teil durch die Bank finanziert. Insofern sind das sehr individuelle Gespräche, die wir mit den Kunden führen. Die Frage ist auch, was der Kunde verkraften kann. Es gibt Kunden, die ganz bewusst Schiffe stornieren und sagen: 100 Millionen € sind weg. Das ist ihr Geld und nicht unser Geld. Es gibt sicherlich Kunden, die eher vor dem Problem stehen, ob sie ein Schiff abbestellen und nehme diese 30 % in Kauf nehmen, diese aber finanzieren und anschließend wieder abstottern müssen, weil sie das Risiko, dass das Schiff, wenn es fertig gebaut ist, nicht beschäftigt werden kann, nicht tragen wollen.

**Abg. Kubicki:** Meine Frage ist bedauerlicherweise nicht beantwortet. Ich bleibe jetzt dabei, weil ich eine konkrete Antwort haben will. Ist Ihnen bekannt, dass Kredite, die Sie bereits zugesagt haben, deshalb in absehbarer Zeit nicht in Anspruch genommen werden müssen,

weil Ihre Kunden Stornierungen vornehmen werden, und wenn ja, in welcher Größenordnung? Ist die Überlegung, dass es sich dabei um eine Größenordnung in einem signifikanten Milliardenbereich handelt, falsch?

**Herr Rieck:** Die ist falsch, ja.

**Vorsitzender:** Konkretere Nachfragen gegebenenfalls im Beteiligungsausschuss. Da können Sie etwas konkreter werden.

**Abg. Kalinka:** Ist die HSH Nordbank der weltgrößte Schiffsfinanzierer? Das könnte möglicherweise für unser Gespräch mit SoFFin in der nächsten Woche eine Rolle spielen. Ich erinnere an die Antwort der Landesregierung in einem der Umdrucke, die hier vorliegen. Konkrete Frage also: Ist die HSH Nordbank der weltgrößte Schiffsfinanzierer? Wenn nicht, in welcher Kategorie ist die HSH Nordbank?

**Herr Rieck:** Wenn man das am Maßstab Größe des Kreditportfolios misst - das ist die gebräuchliche Messzahl -, dann ist die HSH Nordbank der weltgrößte Schiffsfinanzierer. Heute folgen uns an zweiter Stelle durch die Fusion von Commerzbank und Dresdner Bank und die Konsolidierung der Schiffsbank der Commerzbank-Konzern und dann die nordeuropäischen großen Schiffsbanken.

**Vorsitzender:** Ich habe Ihre Unterlagen richtig gelesen: im Transportbereich an dritter Stelle und bei erneuerbaren Energien an erster Stelle.

**Herr Rieck:** Nach gewissen League Tables, die darüber Auskunft geben, wer in dem Jahr die meisten Transaktionen gemacht oder in der Asset-Klasse die meisten finanziert hat.

**Vorsitzender:** Meine Frage ist beantwortet. - Weitere Fragen liegen mir jetzt nicht vor.

Ich denke, dass allen ein Dank für die Geduld und die lange Ausdauer geschuldet ist. Es geht aber um ganz wichtige Themen, und es lohnt den Schweiß und auch die Zeit.

(Abg. Heinold: Ich wollte noch Unterlagen anfordern und einen Antrag stellen!)

- Moment, Moment, die Sitzung ist noch nicht geschlossen, Herr Kollege Hölck. So viel Zeit muss sein.

Die Frage- und Antwortrunden sind abgeschlossen. - Sie haben eine Frage zum Verfahren.

**Abg. Heinold:** Ich wollte einen Antrag stellen. Das habe ich vorhin schon angekündigt. Ich beantrage, darüber abzustimmen, dass uns die Dokumentation des strategischen und organisatorischen Neuausrichtungsprozesses zur Verfügung gestellt wird. Das bezieht sich auf die Unterlage, die in Umdruck 16/4062 erwähnt wird. Dann möchte ich, dass uns der Vertrag mit dem SoFFin aus dem November 2008 zur Verfügung gestellt wird. Dann möchte ich, dass uns die Beantwortung durch die HSH Nordbank auf die 70 Fragen des SoFFin zur Verfügung gestellt wird. Das ist in Umdruck 16/4056 erwähnt. Bereits letztes Mal hatte ich darum gebeten, dass uns eine Begutachtung von Pricewaterhouse, aber auch von Morgan Stanley zur Verfügung gestellt wird. Da hatte der Minister zugesagt, dass er prüft. Ich möchte gern, dass der Finanzausschuss darüber beschließt.

**Vorsitzender:** Jetzt überfallen Sie uns ein bisschen, Frau Kollegin Heinold. Sie wollen ja eine Abstimmung haben. Ich bitte die Fraktionen, sich zunächst zum Antrag einzulassen. - Kollege Kubicki.

**Abg. Kubicki:** Ich halte diesen Antrag für sehr sachgerecht, wenn man eine sinnvolle Prüfung vornehmen will. Wir schließen uns dem Antrag an.

**Vorsitzender:** Ich frage die anderen Fraktionen? - Herr Kollege Harms.

**Abg. Harms:** Gleiches gilt auch für uns als SSW, zumal wir die Bilanz so schnell nicht zu sehen bekommen. So hätten wir wenigstens ein bisschen Grundlage.

**Vorsitzender:** Die großen Fraktionen denken noch nach. - Ich frage den Minister, ob er in der Lage wäre, das zeitnah abzuliefern.

(Zuruf)

- Sie haben fertig gedacht. Vielleicht hören wir erst einmal den Minister.

**Finanzminister Wiegard:** Ich bin im Augenblick zu dem in der Lage, was ich vorhin zugesagt habe, nämlich dass die Vereinbarung zwischen der Bank und die Verpflichtung der Anteilseigner, die im November getroffen worden sind, dem Beteiligungsausschuss zugänglich gemacht werden. In welchem Umfang und in welchem Rahmen die Unterlagen, die Sie eben mal so schnell angesprochen haben, veröffentlicht werden können, muss ich erst prüfen lassen. Das vermag ich jetzt hier so nicht zu sagen. Bei dem Paket, wenn ich die richtige Vorstellung von dem habe, was Sie jetzt meinen, geht es um sehr detaillierte Angaben der Bank, ei-

ner Aktiengesellschaft, die nach Aktienrecht zu behandeln sind. Da muss ich die Unterlagen sichten und mich mit unseren Rechtsberatern beraten.

**Abg. Herdejürgen:** Ich schlage vor, dass wir uns erst einmal als öffentliche Umdrucke zuleiten lassen das, was der Minister bereit und in der Lage ist, uns zuzuleiten, dass wir uns in einer zweiten Runde darüber unterhalten, in welcher Form die übrigen Unterlagen zugeleitet werden, ob als vertrauliche Umdrucke, ob als Umdrucke für den Beteiligungsausschuss oder wie auch immer. Ich vermag im Moment auch nicht abzusehen, welche dieser Unterlagen auch unter Berücksichtigung aktienrechtlicher Vorgaben überhaupt öffentlich zur Verfügung gestellt werden können.

**Abg. Hentschel:** Ich weise daraufhin: Das ist die größte Transaktion, die dieses Land je getätigt hat. Es geht um 3 Milliarden € Kapitaleinlage und 10 Milliarden € Risiko. Wenn ein Investor 3 Milliarden € auf den Tisch legen soll, dann ist es doch wohl selbstverständlich, dass er sämtliche Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommt. Dass dabei im Beteiligungsausschuss die Vertraulichkeit gewährleistet wird, ist genauso selbstverständlich. Ich bin dafür, dass wir das heute beschließen. Etwas anderes ist meines Erachtens gegenüber der Öffentlichkeit und angesichts der Verantwortung, die wir gegenüber der Öffentlichkeit und den Bürgern von Schleswig-Holstein tragen, nicht zu verantworten.

**Vorsitzender:** Nun sollten wir hier heute nicht noch zusätzlich Schärfe hineinbringen. Bisher lief das friedlich ab. Wollen Sie zunächst das Wort ergreifen, Herr Minister?

**Finanzminister Wiegard:** Ich habe den Antrag von Frau Heinold eben anders verstanden. Deshalb bitte ich Sie, ihn zu konkretisieren. Ich habe Herrn Hentschel jetzt so verstanden, dass er sagt, es sollen Unterlagen für den Beteiligungsausschuss sein. Ich hatte Sie so verstanden, dass Sie die Unterlagen für den Finanzausschuss, also für den öffentlichen Rahmen, beantragt haben. Ich bitte Sie, zunächst einmal die Antragslage zu klären, damit man überhaupt darüber reden kann.

**Vorsitzender:** Nun wurden wir ein bisschen überfallen. Es wäre besser gewesen, wir hätten das schriftlich vorgelegt bekommen, Frau Kollegin. Wen meinen Sie jetzt als Adressaten?

**Abg. Heinold:** Ich kann das gern noch einmal formulieren. Wenn Sie sagen, ich bräuchte Schärfe rein, kann ich sagen: Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss könnte die ganzen Unterlagen sowieso einsehen. Ich sage das einmal in dieser Deutlichkeit. Wenn man das gern möchte, kann man hier gern monatelang einen PUA tagen lassen. Mir geht es darum,

dass der Finanzausschuss und damit das Parlament insgesamt eine höchstmögliche Transparenz haben,

(Abg. Herdejürgen: Selbstverständlich!)

weil alle 69 Abgeordnete entscheiden sollen. Sie werden alle dazu stehen müssen, wenn sie denn zustimmen. Das heißt, alles, was dem Finanzausschuss zugänglich gemacht werden kann, muss dem Finanzausschuss zugänglich gemacht werden. Nur die Dinge, von denen Sie sagen, dass könnten Sie nur gegenüber dem Beteiligungsausschuss beantworten, werden Sie dem Beteiligungsausschuss zur Verfügung stellen. Das haben wir bisher immer so gehandhabt.

Ich zähle noch einmal die Dokumente auf, weil der Minister im Unterschied zu mir immer von einer Vereinbarung spricht. Ich spreche von einem Vertrag. Es geht um den Vertrag über die Übernahme von Garantien vom 26. November 2008 zwischen dem Sonderfonds und der HSH Nordbank als Kreditnehmer und den Anteilseignern. Das ist der Vertrag, der in Umdruck 16/4056 erwähnt ist.

Bei dem zweiten Dokument geht es um die Beantwortung der Fragen, die SoFFin an die HSH Nordbank gestellt hat und die von der HSH Nordbank scheinbar bis zum 4. März beantwortet wurden.

Bei dem dritten Dokument geht es um die Dokumentation des strategischen und organisatorischen Neuausrichtungsprozesses, in Umdruck 16/4062 auf Seite 6 erwähnt.

Mein viertes Anliegen ist das aus der letzten Sitzung, dass wir die Gutachten von PwC und Morgan Stanley entweder voll oder in Kurzfassung zur Verfügung gestellt bekommen.

**Vorsitzender:** Ich sehr hier eine breite Zustimmung zu diesem Antrag durch Kopfnicken. Haben sich damit die weiteren Wortmeldungen erledigt? - Das ist nicht der Fall. Kollege Kayenburg.

**Abg. Kayenburg:** Herr Vorsitzender, die weiteren Wortmeldungen sind nicht erledigt. Ich stelle mich ausdrücklich an die Seite der Oppositionsfraktionen. Wir haben hier „nur“ über die Kleinigkeit

(Abg. Herdejürgen: Wir sind doch der gleichen Meinung!)

- lassen Sie mich doch bitte einmal ausreden, Frau Herdejürgen -, von ein paar Milliarden € zu entscheiden. Wenn also Unterlagen in einer Drucksache angesprochen sind und begründet herangezogen werden, bin ich der Auffassung, dass wir zumindest so weit wie möglich alles vorlegen.

(Abg. Astrup: Beteiligungsausschuss!)

- Nein, der Ausweg in den Beteiligungsausschuss ist ein leichter, Herr Astrup. Das teile ich nicht. Ich bin der Auffassung, dass wir so weit wie eben möglich informiert werden müssen. Wenn ich mich nicht hinreichend informiert fühle, dann muss man wirklich darüber nachdenken, wie man in die anderen Unterlagen hineinschauen kann. Ich denke, dass es im Sinne eines sachgerechten Verfahrens besser ist, die Informationen zu geben, als es in Richtung eines Untersuchungsausschusses oder ähnlicher Rechte, die das Parlament hat, eskalieren zu lassen.

**Vorsitzender:** Um das in Erinnerung zu rufen: Der Beteiligungsausschuss hat das Recht, in alle Unterlagen Einblick zu nehmen, selbst in Protokolle der Aufsichtsratssitzungen. Da haben wir keinen Mangel an Informationen. Es geht darum: so viel wie möglich an den Finanzausschuss und das, was wirklich vertraulich und intern bleiben muss, geht an den Beteiligungsausschuss.

(Abg. Kubicki: Man kann das auch vertraulich an den Finanzausschuss geben!  
Wir haben Geheimhaltungsstufen!)

- Darüber können wir befinden, wenn die Unterlagen vorliegen. - Ich habe die Fraktionen jetzt so verstanden, dass man sich einig ist, so viel wie möglich zu bekommen.

**Abg. Dr. Garg:** Der Landtagspräsident hat mir aus der Seele gesprochen. Vielen Dank dafür.

**Abg. Kalinka:** Es gibt hier konkurrierende Gesichtspunkte. Das Informationsrecht des Parlaments und bestimmte Dinge, die im Unternehmensinteresse liegen. Deswegen erinnere ich an den Vorschlag, den wir verabredet haben, dass wir gegebenenfalls in der nicht öffentlichen Sitzung am nächsten Donnerstag bestimmte Aspekte nachfragen und diskutieren. Ich schlage vor, dass sich der Minister und die Fachsprecher zusammensetzen und diese Dinge abwägen. Wenn dann ein weiteres Informationsbedürfnis vorhanden ist, können wir das in der gemeinsamen Sitzung am nächsten Donnerstag erörtern. Eine heftige Schärfe in der Diskussion ist nach dieser Sitzung nicht notwendig.

**Abg. Herdejürgen:** Die Schärfe ist aus meiner Sicht durch den Beitrag des Kollegen Kayenburg hineingekommen. Er hat versucht, den Eindruck zu erwecken, die Fraktionen von CDU und SPD hätten einen anderen Vorschlag gemacht als den der Opposition, was mitnichten der Fall gewesen ist. Ich habe genau das vorgetragen, was die Kollegin Heinold in ihrem zweiten Redebeitrag ausführlich erläutert hat. Insofern gibt es keinen Dissens. Das möchte ich klargestellt wissen.

**Vorsitzender:** Muss ich formal über diesen Antrag abstimmen lassen?

(Zurufe: Ja!)

Wir sind uns in der Interpretation einig? - Okay.

(Abg. Astrup. Steht im Protokoll!)

Wer stimmt dem Antrag zu? - Das ist einstimmig ohne Gegenstimme.

Herr Minister, wir erwarten, dass uns zeitnah zugeleitet wird. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, das am nächsten Donnerstag abschließend zu beraten.

Ich empfehle allen, am Donnerstag die Abendtermine abzusagen. Das kann ein sehr langer Tag werden.

Für heute stelle ich keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für ihre Ausdauer und die konstruktiven Beiträge.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 14:58 Uhr.